

## Inhaltsverzeichnis

<b>Anträge 75. LPT</b>	
<b>A001</b>	<b>Steuerverschwendung durch ausbleibende Sanierungsmaßnahmen bei der Straßenbeleuchtung</b> Landesfachausschuss Umwelt
<b>A002</b>	<b>Eckpunkte für eine Rentenreform</b> Liberale Senioren Bayern
<b>A003</b>	<b>Sparkassen haben eine Grundversorgungspflicht</b> Liberale Senioren Bayern
<b>A004</b>	<b>Reha vor Heimunterbringung</b> Liberale Senioren Bayern
<b>A005</b>	<b>Chancengerechtigkeit herstellen: Zugang zu Bildungsprodukten und -möglichkeiten erleichtern</b> Landesfachausschuss Wissenschaft, Forschung, Hochschule und Kultur / UA Kultur und Kunst
<b>A006</b>	<b>Änderungsanträge zur Wahl- und Antragsordnung der FDP Bayern § 14 Abs. 2</b> Liberale Senioren Bayern
<b>A007</b>	<b>Auf Antrag kostenfreies zur Verfügung stellen des WordPress Homepage - Systems der FDP Bayern</b> KV Amberg
<b>A008</b>	<b>Weg mit der Haushaltsabgabe! Volksbegehren einleiten zur ersatzlosen Kündigung des Rundfunkstaatsvertrags</b> Tobias Lukoschek, Sebastian Körber, FDP Kreisverband Forchheim
<b>A009</b>	<b>Sendelizenzen für "Youtuber" abschaffen</b> Bezirksverband Oberfranken und LFA Netzpolitik
<b>A010</b>	<b>Sicherheitslücken dürfen nicht als Cyberwaffen verwendet werden</b> Bezirksverband Unterfranken, Bezirksverband Oberfranken, Bezirksverband Oberbayern,
<b>A011</b>	<b>Luft und Bahnverkehr: Investitionsstau beheben, Wettbewerb stärken</b> Sven Gossel, Klaus Breil, Peter Corticelli, Martin Rothfelder, Sandra Bubendörfer, Uschi Lex, Jens Barschdorf, Hendrik Grallert, Christian Tietgen, Michael Linnerer, Klement Bezdeka, Saika Merx, KV Weilheim Schongau
<b>A012</b>	<b>Bessere Finanzierung der Kommunen beim Bau von Schulen und Betreuungseinrichtungen</b> FDP Oberbayern

<b>A013</b>	<b>Schluss mit der Wahlrechts-Diskriminierung von dauerhaft Vollbetreuten</b> FDP Oberbayern
<b>A014</b>	<b>Stärkung von Forschungsmethoden ohne Tierversuche</b> FDP Oberbayern
<b>A015</b>	<b>Wissenschaftsstandort Deutschland stärken – Ausbeutung von Jungwissenschaftlern bekämpfen</b> FDP Oberbayern
<b>A016</b>	<b>Finanzwissen macht Schule: Zukunftssichere finanzielle Allgemeinbildung an Bayerns Schulen</b> FDP Oberbayern
<b>A017</b>	<b>Stoppt die Grenzkontrollen an der bayerisch österreichischen Grenze</b> FDP Oberbayern
<b>A018</b>	<b>Freifunk als liberale Alternative zum Södernetz</b> FDP Oberbayern
<b>A019</b>	<b>Für ein modernes Ladenöffnungsrecht - Initiierung eines Volksbegehrens zur Freigabe der Ladenschlusszeiten in Bayern im Vorfeld der Landtagswahl 2018</b> Christopher Meyer-Mölleringhof, Martin Zeil, Albert Duin, Gabrielle Neff, Dr. Martin Preusse, Ante Pivac, Hildebrecht Braun, Sven Gossel, Ursula Lex, Andreas Biele, Jakob Schäuble, Tristan Hilgenberg, Jennifer Kaiser, Andreas Wolkenstein
<b>A020</b>	<b>Chancen nutzen - Europa jetzt weiter entwickeln</b> LFA Außen, Sicherheit, Europa und Entwicklung
<b>A021</b>	<b>Information betroffener Bürger über Datenerfassung, -speicherung, -verarbeitung oder -weitergabe</b> KV Weilheim-Schongau, Klaus Breil, Saika Merx, Sebastian Krieger
<b>A022</b>	<b>Pädagogische Konzepte für Kulturinstitutionen</b> LFA Wissenschaft, Forschung, Hochschule und Kultur
<b>A023</b>	<b>Bürgerfreundlichkeit trifft Kultur</b> Landesfachausschuss Wissenschaft, Forschung, Hochschule und Kultur
<b>A024</b>	<b>Europa-Kenntnisse von Schülern stärken. Europa besser in den neuen Lehrplänen verankern. Für ein Europa-Zeitzeugen-Programm.</b> Cécile Prinzbach mit dem Kreisverband München-Ost sowie den Delegierten Moritz Pöllath, Ruth Hohenadl, Heinz Hilgendorf, Sven Gossel, Hildebrecht Braun, Dr. Wolfgang Heubisch, Martin Zeil, Dr. Lukas Köhler, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Martin Hagen, Phil Hackemann, Stefanie Wagner-Schroiff, Walter Brinkmann
<b>A025</b>	<b>Gründung eines Arbeitskreises zu Grundsätzen der Sozialpolitik</b> Liberale Christen

<b>A026</b>	<b>Gründung eines Arbeitskreises zu Grundsätze der Vermögenspolitik</b> Liberale Christen
<b>A027</b>	<b>Junge FDP-Mitglieder sichern die Zukunft von uns Liberalen</b> Peter Pernsteiner, Josef Vogl, Albert Duin, Michael Linnerer, Renate Will, Sandra Bubendorfer, Ursula Lex, Florian Kuhl, Stefan Wolf, Jakob Schäuble, Tobias Thalhammer, Dr. Wolfgang Heubisch, Thomas Nagel
<b>A028</b>	<b>Landflucht verhindern!</b> Junge Liberale Bayern, FDP Oberbayern
<b>A029</b>	<b>Politischer Extremismus in Deutschland</b> Junge Liberale Bayern
<b>A030</b>	<b>Die Reform des Emissionshandels – Für eine vernunftbasierte Klimapolitik</b> Dr. Lukas Köhler, Daniel Föst, Armin Sedlmayr, Sabrina Böcking, Bianca Buchenberg-Köhler, Martin Hagen, Edith Heußler, Anna Ahlfeld, David Berends, Daniel Klein, Laura Reif, Katharina Walter
<b>A031</b>	<b>Zurück zum Rechtsstaat - Abschaffung der "Unendlichkeitshaft".</b> Kreisverband Hof-Land
<b>A032</b>	<b>Rechtssicherheit statt Amtswillkür bei Beschäftigungserlaubnissen für Flüchtlinge! Verwaltungschaos der CSU stoppen!</b> Stadtverband München, LfA Wirtschaft, KV Weilheim-Schongau, MdB Thomas Sattelberger, MdB Dr. Lukas Köhler, MdB Daniel Föst, Albert Duin, Fritz Roth, Thomas Ranft, Sven Gossel, Martin Wurzer, Stephanie Bachhuber, Phil Hackemann, Klaus Breil, Saika Merx
<b>A033</b>	<b>Für ein Informationsfreiheitsgesetz für den Freistaat Bayern</b> Kreisverband Garmisch-Partenkirchen
<b>A034</b>	<b>Keine sinnlose Verfolgung von Autofahrern</b> LFA Innen- und Rechtspolitik
<b>Satzungsänderungen</b>	
<b>S001</b>	<b>Änderung der Satzung §23 (3), § 24 (3) und §26 (3)</b> Liberale Senioren Bayern

# Antrag A001

**Betr.:**                **Steuerverschwendung durch ausbleibende  
Sanierungsmaßnahmen bei der Straßenbeleuchtung**

**Antragsteller:** **Landesfachausschuss Umwelt**

1    **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2    Die FDP setzt sich dafür ein, dass kommunale Straßenbeleuchtungen  
3    konsequent auf moderne, energieverbrauchsarme LED-Beleuchtung umgestellt  
4    werden. Hierfür fordern wir

- 5    • die Beendigung des faktischen Monopols der EVUs bei  
6    Sanierungsmaßnahmen in der Öffentlichen Beleuchtung und somit die  
7    Schaffung des freien Wettbewerbs
- 8    • die Beendigung kartell-rechtlicher Verstöße durch die fehlende Trennung  
9    von Energielieferung und Betrieb der energieintensiven Straßenbeleuchtung
- 10   • die generelle Ausschreibung muss die Teilnahme des Mittelstandes bei den  
11   Sanierungsmaßnahmen in der Öffentlichen Beleuchtung gewährleisten  
12   sowie entsprechend der Mittelstandsrichtlinie den regionalen Bezug zur  
13   Förderung der lokalen Wirtschaftskraft beachten
- 14   • soweit alternative Finanzierungsinstrumente nicht realisierbar sind, sollen  
15   Fördermöglichkeiten für Gemeinden und Städte genutzt werden, damit  
16   zügig die Sanierung der veralteten Straßenbeleuchtungen angegangen  
17   werden kann.
- 18   • die Einrichtung einer unabhängigen, juristischen Beratungsstelle für die  
19   vertragliche und wirtschaftliche Beratung der Kommunen

## **Begründung:**

- *In Deutschland werden jährlich drei Milliarden kWh unnötig für die Versorgung veralteter Straßenbeleuchtung verschwendet; dies entspricht der Leistung von 2 AKW's.*
- *52% der Gesamt-Beleuchtungskosten entfallen auf den Energieverbrauch (PWC, 02-2015).*
- *Obwohl 30 bis 50% des kommunalen Stromverbrauches auf das Konto der Straßenbeleuchtung gehen, kommt die Umrüstung der Straßenbeleuchtung in Deutschland nur schleppend voran. Die zwingend erforderlichen Sanierungsmaßnahmen liegen bei lediglich 10% bis 15% des bundesweiten Bestandes; europaweit hinkt Deutschland als die führende Wirtschaftsnation damit anderen Ländern weit hinterher (z.B. Österreich: 40%). Bayern hat nichteinmal die 10% erreicht.*
- *Hauptursache sind die monopol-ähnlichen Strukturen in der Energieversorgung, bei welchen häufig durch Energieversorger gleichzeitig auch der Betrieb der energieintensiven, veralteten Straßenbeleuchtung erfolgt sowie durch*

## Seite 5

*Wartungsverträge zusätzlich fragwürdige, wirtschaftliche Vorteile gesichert werden.*

- *LED-Leuchten ziehen bis zu 83 Prozent weniger Insekten an (Studie Universität Düsseldorf) und leisten daher einen wichtigen Beitrag zum Artenschutz. Experten schätzen, dass in Deutschland bei einer dreimonatigen Flugperiode durch weißes Straßenlicht 91 Milliarden Insekten getötet werden.*
- *Die Streuverluste bei LED-Straßenleuchten liegen bei lediglich fünf bis zehn Prozent und tragen so zur Reduzierung von ungewünschten Streulichtemissionen bei, während die konventionellen Leuchtmittel über 50 Prozent Streulicht aufweisen. Damit leisten die LED-Leuchten einen maßgeblichen Beitrag zur Reduzierung der sogenannten optischen Lichtverschmutzung.*

*Die weitere Begründung erfolgt mündlich.*

# Antrag A002

**Betr.: Eckpunkte für eine Rentenreform**

**Antragsteller: Liberale Senioren Bayern**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 **Eckpunkte für eine Rentenreform**

- 3 1. Die Rente muss auch in Zukunft ein Abbild der  
4 Lebensleistung/Beitragszahlung sein. Ausgleichsleistungen und/oder  
5 Sozialhilfegrenzen dürfen die Beitragsbezogenheit der Rente nicht  
6 verwässern und müssen auf jeden Fall steuerfinanziert werden.
- 7 2. Der demographische Faktor ist zur Sicherung der Finanzierung  
8 unerlässlich. Ein Zurückdrehen der Altersgrenze ohne Abschlag kostet  
9 zusätzliches Geld.
- 10 3. Wer aktiv in die Rentenkasse eingezahlt hat, muss im Rentenalter mehr  
11 Ertrag haben als Nichtzahler.
- 12 4. Für Selbständige muss eine Pflicht zur Rentenversicherung bei freier Wahl  
13 des Trägers eingeführt werden.
- 14 5. Arbeitszeiten im Ausland müssen in einer globalen Arbeitswelt  
15 entsprechenden Eingang in den Versicherungsverlauf finden.
- 16 6. Die Beitragssätze zur Rentenversicherung müssen für die nachwachsenden  
17 Generationen bezahlbar bleiben. Ein Mehr an Beiträgen bei sinkendem  
18 Rentenniveau ist nicht zu vermitteln bzw. zumutbar. Der Zuschuss aus  
19 Steuermitteln in die Rentenkasse muss demzufolge steigen und in den  
20 Haushaltsberatungen fest verankert sein (zweckgebunden).

## **Begründung:**

*Zurzeit enden alle offiziellen Rentenprognosen der Bundesregierung im Jahre 2029. Für das Sicherungsniveau findet sich im Gesetz nur die Festlegung, dass es bis 2030 nicht unter **43 %** des Durchschnittslohnes sinken soll. Die Beiträge dürfen zugleich nicht **über 22 %** steigen. Für die Jahre danach gibt es keine Vorgabe mehr.*

*Die jetzige Arbeitsministerin hat nun Eckpunkte veröffentlicht, die das Sicherungsniveau auf dem jetzigen Stand halten sollen und setzt dabei auch auf eine Stärkung der Betriebsrenten bei Klein- und mittelständischen Firmen. Dies soll vorrangig durch Erleichterungen bei den bürokratischen Hemmnissen geschehen.*

*Völlig losgelöst von der Frage, ob dieser Weg ausreichend ist, die offenen Finanzierungsfragen zu lösen, wird offensichtlich nicht ausgeschlossen, dass der Beitragssatz zur Rentenversicherung über 22 % steigt. Nach Berechnungen von Prognos würde bei einem „Einfrieren“ des jetzigen Rentenniveaus der Beitragssatz im Jahre 2040 auf 26,6 % steigen. Insgesamt würden die Steuer- bzw. Beitragszahler bis 2040 mit ca.*

## **Seite 7**

*600 Milliarden € belastet. Es deutet sich an, dass die Zukunft der Rente einen wesentlichen Teil des Bundestagswahlkampfes ausmachen wird. Die Rentner bzw. die über 65jährigen sind ein verlässlicher und stetig steigender Anteil an der Gesamtbevölkerung. 2040 werden sie die Mehrheit in Deutschland stellen.*

*Weitere Begründung mündlich*

# Antrag A003

**Betr.: Sparkassen haben eine Grundversorgungspflicht**

**Antragsteller: Liberale Senioren Bayern**

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 Sparkassen haben eine Grundversorgungspflicht

3 Die Liberalen Senioren fordern die in den Aufsichtsgremien der Sparkassen  
4 sitzenden Vertreter der Kommunen auf, eine Grundversorgungspflicht  
5 einzuführen, die z.B. wenigstens in der Aufrechterhaltung eines Geldautomaten  
6 oder eines „Sparkassen-Dienstleistungsbusses“ bestehen kann.

## **Begründung:**

*Sparkassen sind im kommunalen Eigentum. Deswegen reklamieren sie für sich – zu Recht – Sonderbedingungen bei der Eigenkapitalausstattung gegenüber den Europäischen Institutionen.*

*Sparkassen haben deshalb aus Sicht der Liberalen Senioren aber auch die Verpflichtung anders zu handeln, als übliche Geschäftsbanken. Zur Zeit werden bayernweit Niederlassungen entweder ganz geschlossen bzw. Geldautomaten abgebaut. Die Kunden werden auf weiter entfernt liegende Geschäftsstellen und/oder das Online-Banking verwiesen.*

*Gerade ältere und/oder mobilitätseingeschränkte Kunden haben deshalb erschwerten Zugang zu Sparkassen-Dienstleistungen, vor allem auch, weil gleichzeitig in einigen Regionen das Angebot an öffentlichem Nahverkehr reduziert wird oder werden soll.*

*Weitere Begründung mündlich.*



# Antrag A004

**Betr.: Reha vor Heimunterbringung**

**Antragsteller: Liberale Senioren Bayern**

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, den Vorrang von Prävention  
3 und medizinischer Rehabilitation (§5, SGB XI) bei den Leistungsträgern  
4 durchzusetzen. Die Pflegeversicherung soll sich an den Kosten der geriatrischen  
5 Rehabilitation beteiligen, weil so eine Heimunterbringung und damit höhere  
6 Kosten hinausgeschoben oder sogar vermieden werden können. Dem Wunsch  
7 älterer Menschen, so lange wie möglich zu Hause in ihrer gewohnten Umgebung  
8 bleiben zu können, muss Rechnung getragen werden.

## **Begründung:**

*Eine geriatrische Rehabilitation verhindert Pflegebedürftigkeit. Sie ermöglicht älteren Menschen, die durch eine schwere Erkrankung oder Operation in ihrer Alltagsfähigkeit eingeschränkt sind, in ein selbstbestimmtes Leben zurückzufinden. Nach einer geriatrischen Rehabilitation können viele ältere Menschen wieder zu Hause leben, eine Heimunterbringung wird verhindert oder wenigstens hinausgezögert. Die Lebensqualität wird verbessert und durch die längere Verweildauer zu Hause werden Kosten bei der Pflegeversicherung eingespart.*

*Weitere Begründung mündlich.*

# Antrag A005

**Betr.:** Chancengerechtigkeit herstellen: Zugang zu Bildungsprodukten und -möglichkeiten erleichtern

**Antragsteller:** Landesfachausschuss Wissenschaft, Forschung, Hochschule und Kultur / UA Kultur und Kunst

1 Chancengerechtigkeit herstellen:Zugang zu Bildungsprodukten und -möglichkeiten  
2 erleichtern.

3

4 Die FDP Bayern fordert als ersten Schritt Bücher und elektronische Medien als  
5 Kulturgüter steuerlich zu bewerten wie Muttermilch. Diese haben deswegen  
6 verbrauchssteuerfrei zu sein. Die Buchpreisbindung entfällt.

## **Begründung:**

*Bildung ist elementar für die Entscheidungsfreiheit und individuellen privaten und beruflichen Entwicklung. Deswegen fordert die FDP Bayern die Vereinfachung der Regeln und die Abschaffung der Umsatzsteuer für Bildungsprodukte. Damit soll eine Chancengerechtigkeit für eine bessere Bildung aller Bürger hergestellt werden. Zeitgleich soll die Buchpreisbindung ebenfalls abgeschafft werden. Entsprechende Gesetze sind aufzuheben und die Vertragsfreiheit wieder dem Bürger zurückzugeben. Die Buchpreisbindung ist kein notwendiges und geeignetes Werkzeug, den Schutz des Kulturgutes Buch durchzusetzen. Im Gegenteil: Es verhindert den leichten Zugang zum Kulturgut Buch und entsprechenden Medien. Der Zugang zu Bildungsprodukten für Bürger mit nur begrenztem Einkommen kann mit diesen beiden Maßnahmen erheblich ausgeweitet werden. Autoren, Verlage und dem Buchhandel werden dadurch neue Käuferschichten erschlossen.*

# Antrag A006

**Betr.:**            **Änderungsanträge zur Wahl-und Antragsordnung der FDP  
Bayern § 14 Abs. 2**

**Antragsteller:** **Liberale Senioren Bayern**

- 1 *Füge ein nach "der Liberalen Hochschulgruppe":*
- 2 "oder der Liberalen Senioren"

## **Begründung:**

Begründung erfolgt mündlich

# Antrag A007

**Betr.:** Auf Antrag kostenfreies zur Verfügung stellen des WordPress Homepage - Systems der FDP Bayern

**Antragsteller:** KV Amberg

1 Auf Antrag kostenfreies zur Verfügung stellen des WordPress  
2 Hompege-Systems der FDP Bayern

3 In Vorbereitung auf die Land- und Bezirkstagswahlen im kommenden Jahr  
4 übernimmt ab sofort auf Antrag der Landesverband den Einmalbetrag für das  
5 WordPress basierte Homepage-System der FDP Bayern (in Höhe von derzeit  
6 250€). Aufgrund der durch den Einzug in den Bundestag zu erwartenden  
7 Mandatsträgerabgaben sowie einer möglichen vorbereitenden  
8 Preisreduzierungsverhandlung (Staffelpreise bei hoher Nachfrage) mit dem  
9 Anbieter (ars24studio Michael Klein) durch den Landesverband sollte eine  
10 Finanzierung möglich sein.

11 Diese Maßnahme soll es insbesondere kleineren Kreisverbänden mit wenig  
12 Beitrags- und Spendenaufkommen ermöglichen, „digital first“ ebenso  
13 professionelle Internetauftritte betreiben zu können wie die bereits in diesem  
14 Bereich aktiven, größeren Gliederungen

## **Begründung:**

*Begründung erfolgt mündlich.*

# Antrag A008

**Betr.:** **Weg mit der Haushaltsabgabe! Volksbegehren einleiten zur ersatzlosen Kündigung des Rundfunkstaatsvertrags**

**Antragsteller:** **Tobias Lukoschek, Sebastian Körber, FDP Kreisverband Forchheim**

1 Die FDP Bayern fordert die ersatzlose Kündigung des Rundfunkstaatsvertrags,  
2 sowie des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags und des  
3 Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags.

4 Die FDP Bayern spricht sich dafür aus, dass die Bürgerinnen und Bürger über  
5 dieses Thema verantwortungsvoll selbst entscheiden sollen. Deshalb soll  
6 schnellstmöglich ein **Volksbegehren** eingeleitet und von der FDP Bayern initiiert  
7 werden.

8 Der sofortige Wegfall der Einnahmen aus der Rundfunkgebühr wäre eine  
9 Maßnahme, die die Sender womöglich selbst nicht stemmen und kompensieren  
10 können.

11 Es soll deshalb der Wegfall als Übergangslösung innerhalb von zehn Jahren auf  
12 ein nachfolgend beschriebenes Minimum, dann fällig ab dem 10. Jahr, stetig um  
13 jeweils 10 % zurückgeführt werden, beginnend mit 100 % im ersten Jahr, und  
14 der Ausfall durch Steuermitteln des Freistaats ersetzt werden:

15 Die Pflicht, „im Interesse von Informationsfreiheit und Demokratie, ein vielfältiges,  
16 umfassendes und ausgewogenes mediales Angebot zu sichern“, kann bereits mit  
17 einem Betrag von ca. einem Euro gewährleistet werden. Dieser soll künftig von  
18 den Ländern übernommen werden.

19 Die FDP Bayern spricht sich für die Pflicht der Informationsfreiheit und  
20 Demokratie aus, dies kann aber auch durch ein schlankes Programmangebot  
21 gewährleistet werden.

## **Begründung:**

*Mit der Abschaffung der GEZ wurde der Rundfunkstaatsvertrag geändert, gemäß dem annähernd jeder Haushalt und jedes Unternehmen eine sogenannte „Haushaltsabgabe“ von monatlich mindestens 17,50 Euro leisten muss.*

*Durch die neu eingeführte „Haushaltsabgabe“ werden Haushalte mit einem geringen Haushaltseinkommen relativ gesehen höher belastet, als Haushalte mit einem höheren Haushaltseinkommen. Ferner wird hier für einen Service (öffentlich-rechtliches Fernsehen und Radiosender) bezahlt, der nicht von allen Bürgerinnen und Bürger genutzt wird und von vielen Bürgerinnen und Bürgern als „Zwangsabgabe“ angesehen wird.*

## **Seite 14**

*In der Bevölkerung wird dieses Thema oft diskutiert, da es einkommensunabhängig nahezu alle Bürger betrifft.*

*Weitere Begründung erfolgt mündlich.*

# Antrag A009

**Betr.:** Sendelizenzen für "Youtuber" abschaffen

**Antragsteller:** Bezirksverband Oberfranken und LFA Netzpolitik

- 1 Die FDP Bayern setzt sich dafür ein, Sendelizenzen im Sinne des
- 2 Rundfunkstaatsvertrages abzuschaffen, um Innovationen nicht unnötig durch
- 3 nicht durchsetzbare Regelungen zu behindern.

## Begründung:

### **Situation:**

*Die Landesmedienanstalten setzen zunehmend bestehendes Recht um, indem sie "live Streamer" (Youtuber), dazu auffordern eine Sendelizenz zu beantragen. Die bürokratischen Hürden und Kosten überfordern hier gerade kreative Menschen.*

### **Begründung:**

*Durch die Verbreitung der neuen Medien und der zunehmenden medialen Konvergenz (Dem Zusammenwachsen von TV und Internet) - ist die Pflicht zur Beantragung einer Sendelizenz aus der Zeit gefallen. Durch Sendelizenzen sollte ursprünglich die Programmvielfalt geschützt werden. Dies ist in Zeiten des "Internetstreamings" nicht mehr notwendig, die Lizenzierungspflicht ist hier eher ein Hemmnis für Vielfalt*

*Statt Kreativität und Gründungsgeist mit einem antiquierten Präventionsverfahren zu blockieren, fordern wir die Umstellung auf ein Haftungsprinzip und Selbstkontrolle, um das Spannungsfeld zum Jugendschutz aufzulösen, sehen wir eine Anzeigepflicht als ausreichend an. Selbst die Landesmediananstalt NRW hat den Gesetzgeber zum Handeln aufgefordert. Der Rundfunkstaatsvertrag muss deshalb gründlich überarbeitet werden und an die neuen Gegebenheiten angepasst werden.*

### **Quellen:**

[1] <http://www.zeit.de/digital/internet/2017-03/livestreaming-pietsmiet-twitch-rundfunklizenz-lets-play>

[2] <http://www.die-medienanstalten.de/presse/pressemitteilungen/kommission-fuer-zulassung-und-aufsicht/detailansicht/article/zak-pressemitteilung-072017-zak-beanstandet-verbretung-des-lets-play-angebots-pietsmiettv.html>

[3] <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/lizenzen-fuer-livestreams-landesmedienanstalten-wollen-netz-sendungen-kontrollieren-a-566234.html>

[4] <http://www.die-medienanstalten.de/service/rechtsgrundlagen/gesetze.html>  
<https://www.bundestag.de/blob/409442/a25b035ac373366c9ccfd19cb8cf3114/wd-10-021->

[14-pdf-data.pdf](#)



# Antrag A010

**Betr.:** Sicherheitslücken dürfen nicht als Cyberwaffen verwendet werden

**Antragsteller:** Bezirksverband Unterfranken, Bezirksverband Oberfranken, Bezirksverband Oberbayern,

- 1 Die FDP Unterfranken (Bayern) setzt sich dafür ein, dass Nachrichtendienste
- 2 ihnen bekannte Sicherheitslücken von systemkritischer Software zukünftig
- 3 unverzüglich an das BSI melden müssen.

## **Begründung:**

*Nachrichtendienste suchen gezielt nach Sicherheitslücken in Software, um diese zur eigenen Informationsgewinnung zu nutzen. Die Ransomware (Erpresser Virus) "WannaCry" (auch "WannaCrypt") nutze eine Sicherheitslücke die der NSA bekannt war. Nach einem Hack auf die NSA wurde diese Sicherheitslücke von Hackern veröffentlicht. Es ist dem Zufall geschuldet, dass diese der NSA bekannte Sicherheitslücke nicht schon vorher von kriminellen entdeckt wurde. Nachrichtendienste haben die Aufgabe Staat und Bürger zu schützen. Durch die Geheimhaltung von Sicherheitslücken werden die Dienste selbst zum Sicherheitsrisiko*

# Antrag A011

**Betr.:** Luft und Bahnverkehr: Investitionsstau beheben, Wettbewerb stärken

**Antragsteller:** Sven Gossel, Klaus Breil, Peter Corticelli, Martin Rothfelder, Sandra Bubendörfer, Uschi Lex, Jens Barschdorf, Hendrik Grallert, Christian Tietgen, Michael Linnerer, Klement Bezdeka, Saika Merx, KV Weilheim Schongau

1 Die FDP Bayern fordert die an den Koalitionsverhandlungen im Bund beteiligten  
2 Parteien, den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung nachdrücklich zu  
3 einer Trendwende beim Ausbau des Bahn- und des Luftverkehrs auf. Seit Jahren  
4 investiert unser Land zu wenig in beide Verkehrsträger, und wird dabei weder  
5 seiner Rolle als zentrale Verkehrsdrehscheibe in Europa gerecht, noch kann es  
6 seine wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit so auf Dauer sicherstellen. Wir sind  
7 zum Bremser des europäischen Personenfern- und Schienengüterverkehrs und  
8 zum von vielen Luftfahrtgesellschaften gemiedenen Standort geworden;  
9 Deutschland verfehlt auch die selbst gesteckten Umweltziele bis 2020 mehr als  
10 deutlich. Es muss daher unverzüglich und dauerhaft mehr Priorität auf den  
11 bedarfsgerechten Ausbau des Luft- und Bahnverkehrs gelegt werden.

12 Die FDP Bayern fordert daher, bundesweit die jährlichen Investitionen der  
13 Flughafengesellschaften und der DB Netz in diesem Bereich von heute netto  
14 etwa 10 auf insgesamt mindestens 25 Milliarden Euro zu erhöhen, und so auch  
15 zur deutlichen Entlastung des Straßenverkehrsnetzes mit beitragen zu helfen.

16 Insbesondere fordert die FDP Bayern die sofortige Umsetzung der folgenden  
17 Maßnahmen:

## 18 1. Luftverkehr

- 19 • Die Umwandlung (sofern noch nicht geschehen) aller strategisch wichtigen  
20 Verkehrs- und Frachtflughäfen in Aktiengesellschaften im alleinigen  
21 Bundesbesitz, und einer in Folge angestrebten Börsennotierung aller  
22 einzelnen Flughafengesellschaften von bis zu 24,9% des Grundkapitals.  
23 Dies betrifft vor allem die Flughäfen Frankfurt, München, Berlin Schönefeld,  
24 Berlin Tegel, Düsseldorf, Hamburg, Köln-Bonn und Leipzig.
- 25 • Die Streichung der Luftverkehrssteuer
- 26 • Die sofortige Einleitung und Umsetzung aller Maßnahmen, um den  
27 Fortbestand des Flughafens Berlin Tegel endgültig zu sichern
- 28 • Den umgehenden Baubeginn der 3. Startbahn am Flughafen München
- 29 • Die Ausstattung aller deutschen Verkehrs- und Regionalflughäfen für den  
30 Allwetterverkehr nach CAT III(c) Vorschriften
- 31 • Die Anbindung der Flughäfen München und Hamburg an die  
32 Fernverkehrsstrecken der Bahn

33 **2. Bahnverkehr**

- 34 • Die vollständige Abtrennung der DB Netz als bundeseigenes  
35 Unternehmen vom gesamten Betrieb des Bahnverkehrs (DB Regio, DB  
36 Fernverkehr, DB Cargo) und der Verkauf der Bundesanteile an letzteren  
37 Unternehmen aus ordnungspolitischen Gesichtspunkten, zur Vermeidung  
38 von Interessenkonflikten und zur Mitfinanzierung der hier gelisteten  
39 Maßnahmen
- 40 • Die Elektrifizierung aller Bahnstrecken im Regional- und Fernverkehr und  
41 deren mindestens zweigleisiger Ausbau.
- 42 • Die Sanierung maroder Brückenbauwerke und sonstiger Eisenbahnanlagen  
43 der DB Netz, sowie die sinngemäße Anwendung der Lärmschutzrichtlinien  
44 des Luftverkehrs auch auf den Bahnverkehr
- 45 • Den sofortigen Umrüstungsbeginn aller Strecken mit der standardisierten  
46 (!) ETCS Technologie und dessen vollständigen Abschluss bis spätestens  
47 2025
- 48 • Den bedarfsgerechten Neu- und Ausbau mindestens der wichtigsten  
49 Fernstrecken, dabei insbesondere die sofortige Umsetzung bereits  
50 abgeschlossener Staatsverträge:
  - 51 1. München-Zürich (staatsvertraglich bereits vereinbart)
  - 52 2. München/Nürnberg-Prag (staatsvertraglich bereits vereinbart)
  - 53 3. Ingolstadt-Rosenheim-Kufstein (letzterer Teil staatsvertraglich bereits  
54 vereinbart)
  - 55 4. Basel-Mainz und im weiteren Verlauf Duisburg-Staatsgrenze NL  
56 (staatsvertraglich bereits vereinbart)
  - 57 5. Mannheim-Luxemburg
  - 58 6. Frankfurt-Saarbrücken
  - 59 7. Dortmund-Hamburg
  - 60 8. Hamburg-Puttgarden (staatsvertraglich bereits vereinbart)
- 61 • Die Auflösung von Netzengpässen wegen fehlender Zuläufe oder  
62 Kreuzungsbauwerke (insbesondere in Hamburg, Düsseldorf, München und  
63 Hannover), sowie der Aus- und Neubau von Umschlagbahnhöfen für den  
64 Güterverkehr in ausreichender Kapazität. Dazu gehört auch der Abbau von  
65 Geschwindigkeits-lücken und der Bau von Ausweichpunkten
- 66 • Eine steuerliche Sonderförderung für alle Eisenbahnverkehrsunternehmen  
67 und Waggonhalter zur Modernisierung von Frachtwaggons im Hinblick auf  
68 Bremsleistung, automatische Kupplungen und Lärmentwicklung
- 69 • Ein degressives Trassenpreissystem inklusive netzoptimierender  
70 Preiselemente wie Lärmentwicklung, Umweltbelastung etc.
- 71 • Die umgehende Einleitung europäischer Deregulierungs- und  
72 Standardisierungsanforderungen wie
  - 73 1. Der Trennung von Netz und Betrieb in allen Ländern der EU, sowie der  
74 vollständigen Privatisierung des Betriebs aller ehemaligen staatlichen  
75 Bahngesellschaften
  - 76 2. Der Auflösung aller Zuständigkeiten für nationale Fahrzeugzulassungen  
77 und Sicherheitstechnik im Güter- und Fernverkehr (nicht: im Regional- und

- 78 Stadtverkehr), deren Übertragung an die European Rail Agency (ERA) im  
79 Rahmen des sowieso geplanten Verwaltungsübergangs 2019
- 80 3. die Trassenpreisgestaltung und Slotvergabe im Güter- und Fernverkehr  
81 durch einen europaweit verantwortlichen Netzbetreiber ähnlich dem  
82 Luftverkehrskordinator, mit einem eigenen Budget zum Ausbau der TEN  
83 Stecken
- 84 4. der Auflösung aller „Altverträge“ nationaler Eisenbahngesellschaften,  
85 insbesondere bisher zur Wettbewerbsverhinderung genutzter, sogenannter  
86 „Rahmenverträge“ oder Trassenpreissysteme der nationalen Betreiber
- 87 5. den Überwachungsauftrag aller eingeführten Wettbewerbsregeln im  
88 Eisenbahnverkehr durch die EU Kommission bzw. die ERA, versehen mit  
89 direkten Durchgriffsrechten. Unlautere Taktiken wie die Verzögerung der  
90 Erteilung von Ausschreibungszuschlägen durch vorgeschobene  
91 Ausschreibungsfehler, Zulassungsverzögerungen durch Interessenkonflikte  
92 zur Behinderung des Wettbewerbs oder absichtlich verzögerter  
93 Betriebsabläufe dürfen nicht mehr zugelassen werden

94 **3. Insolvenzrecht im Bereich kapitalintensiver und renditeschwacher**  
95 **Branchen**

- 96 • Die sinngemäße Übernahme einiger wichtiger Regelungen des Chapter 11  
97 des US Insolvenzrechts im Bereich der Insolvenz in Eigenverwaltung;  
98 insbesondere hinsichtlich der Restrukturierung, der Kreditaufnahme und des  
99 Gläubigerschutzes, um so von Zahlungsunfähigkeit bedrohte Unternehmen  
100 in kapitalintensiven und vergleichsweise renditeschwachen Branchen, wie  
101 bei Transport und Logistik, frühzeitig zu motivieren, einen entsprechenden  
102 Insolvenzantrag zu stellen. So werden Strukturveränderungen und  
103 Kostenreduzierungen frühzeitig ermöglicht, um Wettbewerb dauerhaft  
104 aufrecht erhalten zu können.

105

**Begründung:**

*erfolgt mündlich*

# Antrag A012

**Betr.:**                **Bessere Finanzierung der Kommunen beim Bau von Schulen und Betreuungseinrichtungen**

**Antragsteller:** FDP Oberbayern

1 Wir fordern, dass die Staatsregierung die Kommunen beim Neu- und Umbau von  
2 Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten stärker finanziell unterstützt, um  
3 die Betreuung und Ausbildung in unserer wachsenden Region sicherzustellen.  
4 Die Finanzierung von neuen Schulen und Kindergärten liegt momentan zu  
5 großen Teilen in der Hand der Kommunen. Gerade in schnell wachsenden  
6 Kommunen stellt aber die momentane Finanzierung der Kommunen, diese vor  
7 das Problem, dass ihre Einkünfte erst zeitversetzt durch ihren Anteil an der  
8 Einkommensteuer steigen, der Ausbau der Schulen jedoch oft eine Vorleistung  
9 ist. Es soll ein Fonds aufgelegt werden, aus dem den Kommunen Fördermittel  
10 schnell und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden können. Hierzu ist  
11 Artikel 10 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden  
12 und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz – FAG) entsprechend  
13 anzupassen.

## **Begründung:**

*Die Finanzierung von neuen Schulen und Kindergärten liegt momentan zu großen Teilen in der Hand der Kommunen. Gerade in schnell wachsenden Kommunen stellt aber die momentane Finanzierung der Kommunen, diese vor das Problem, dass ihre Einkünfte erst zeitversetzt durch ihren Anteil an der Einkommensteuer steigen, der Ausbau der Schulen jedoch oft eine Vorleistung ist. Dadurch müssen sich die Kommunen verschulden und die Anreize gute und gut ausgestattete Schulen zu bauen sinken. Auch wenn wir eine komplette Reform der kommunalen Finanzen fordern, so sehen wir doch, dass hier schnell Handlungsbedarf besteht und die Kommunen entlastet werden müssen. Beste Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht von der kommunalen Leistungsfähigkeit abhängen darf.*

# Antrag A013

**Betr.:** Schluss mit der Wahlrechts-Diskriminierung von dauerhaft Vollbetreuten

**Antragsteller:** FDP Oberbayern

- 1 Wir fordern eine Streichung des §13 Nr. 2 BWG. Stattdessen soll die
- 2 Wahlunfähigkeit der dauerhaft Vollbetreuten in einer individuellen Prüfung durch
- 3 ein Gericht festgestellt werden.

## **Begründung:**

*Nach dem momentan gültigen Bundeswahlgesetz dürfen Menschen, die voll umfänglich durch einen Betreuer betreut werden, nicht wählen. In §13 Nr.2 BWG heißt es: "Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist derjenige, für den zur Besorgung aller seiner Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist; dies gilt auch, wenn der Aufgabenkreis des Betreuers die in § 1896 Abs. 4 und § 1905 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Angelegenheiten nicht erfasst."*

*In Deutschland unterliegen ca. 85.000 Behinderte der Betreuung in allen Angelegenheiten, fast alle sind geistig und/oder körperlich behindert; nur 4% davon sind schuldunfähige Straftäter.*

*Eine Betreuung in „allen Angelegenheiten“ bedeutet nicht, dass der zu Betreuende nicht mehr zur klaren Willensäußerung fähig ist, sondern nur, dass er keine Unterstützung aus seinem Umfeld hat und deswegen die umfangreiche Betreuung benötigt. Im Gegensatz dazu dürfen beispielsweise Demenzkranke im Heim wählen, weil sie wegen Unterbringung keine Betreuung in allen Angelegenheiten brauchen.*

*Dadurch entsteht eine pauschale Verurteilung einer Gruppe von Menschen mit Behinderung. Das ist nicht vereinbar mit dem Diskriminierungsverbot der UN (Art.2 Abs1; Art. 25 UN-Zivilpakt), der BRK (Behindertenrechtskonvention Art.12 Abs.2) und unserem Demokratieverständnis. Inklusion auf politischer Ebene muss allen Menschen mit Behinderung zugestanden werden, nicht nur denjenigen, die das Glück haben, im sozialen Umfeld (Teil-) Unterstützung zu bekommen.*

*In ungefähr der Hälfte aller EU Länder dürfen alle Menschen mit Behinderung wählen. Die Wahlunfähigkeit kann dort nur durch richterlichen Beschluss angeordnet werden. Diese Regelung sollte bei uns bundesweit gelten. In Deutschland dürfen in NRW und SH Angehörige dieser Gruppe auf Landesebene wählen.*

*Außerdem ergab eine Studie im Auftrag des Bundessozialministeriums im vergangenen Jahr: Die Wahrscheinlichkeit, eine Betreuung in allen Angelegenheiten zu erhalten, unterscheidet sich je nach Bundesland stark. In Bayern ist sie rund 26-mal so hoch wie in Bremen.*

## **Seite 23**

*Zusätzliche Gerichtskosten entstehen sicher nicht, da das zuständige Gericht sowieso immer über eine Betreuung entscheiden muss.*

# Antrag A014

**Betr.: Stärkung von Forschungsmethoden ohne Tierversuche**

**Antragsteller: FDP Oberbayern**

1 Wir Freien Demokraten wollen stärker innovative Ansätze in der  
2 Medizinforschung fördern, die helfen, Tierversuche so weit wie möglich zu  
3 verhindern. Beispielsweise die In-vitro und In-silico Technik helfen bei der  
4 wirksamen Arzneimittel-Entwicklung und verhindern zugleich unnötiges Tierleid.  
5 Bei der Vergabe von Forschungsgeldern sollen diese Ansätze künftig – wo  
6 sinnvoll – Forschungen unter Durchführung von Tierversuchen vorgezogen  
7 werden. Wir unterstützen auch die Prinzipien der Basler Deklaration.

## **Begründung:**

*Tierversuche stellen in der medizinischen Forschung immer noch die Standardmethode dar, obwohl in vielen Bereichen die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf den Menschen nicht zutrifft.*

*Zukünftig soll das Augenmerk mehr auf tierunabhängige Methoden gelenkt werden. Wissenschaftlich akkurat, kostengünstig und ethisch unbedenklich sind zum Beispiel die In-vitro- und In-silico-Technik. Dafür wollen wir deutlich mehr Forschungsgelder zur Verfügung stellen, damit die Arzneimittel der Zukunft noch spezifischer und wirksamer entwickelt werden können und das mit Tierversuchen verbundene, unnötige Leid verhindert wird.*



# Antrag A015

**Betr.:**                **Wissenschaftsstandort Deutschland stärken – Ausbeutung von Jungwissenschaftlern bekämpfen**

**Antragsteller:** **FDP Oberbayern**

1 Die Freien Demokraten fordern, dass die Missbrauchsmöglichkeiten öffentlicher  
2 und öffentlich finanzierter Institutionen bei der Ausgestaltung der Arbeitsverträge  
3 von Doktoranden beschränkt werden.

4 Insbesondere ist sicherzustellen, dass sich die Laufzeit von Arbeitsverträgen von  
5 Doktoranden an der tatsächlich für die Dissertation veranschlagten Zeit orientiert.  
6 Die bisherige Praxis der anlasslosen Befristung schafft eine übermäßige  
7 Abhängigkeit der Doktoranden vom Arbeitgeber. Sie beeinträchtigt das  
8 Forschungsvorhaben und ist daher zu beenden.

9 Zu diesem Zweck sind insbesondere die Befristungsmöglichkeiten nach dem  
10 Wissenschaftszeitgesetz auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen und die  
11 Anwendungspraxis zu evaluieren. Das Gesetz ist abzuschaffen oder jedenfalls  
12 stark zu modifizieren.

## **Begründung:**

*Erfolgt mündlich*

# Antrag A016

**Betr.: Finanzwissen macht Schule: Zukunftssichere finanzielle Allgemeinbildung an Bayerns Schulen**

**Antragsteller: FDP Oberbayern**

1 Die FDP Oberbayern fordert, an den bayerischen Schulen ab der 5. Klasse  
2 finanzielle Allgemeinbildung stärker als bislang zu vermitteln. Zu diesem Zweck  
3 sollen auf dem Gebiet tätige Vereine und Institutionen stärker vernetzt werden.

## 4 **Lernziele**

5 Schüler ab der 5. Klasse sollen in die Lage versetzt werden, sämtliche  
6 wirtschaftliche Aspekte ihres Lebens sinnvoll und zum eigenen Vorteil gestalten  
7 zu können. Dazu gehören unter anderem der Umgang mit Geld, die vernünftige  
8 Inanspruchnahme unterschiedlicher Finanzdienstleistungen, der Umgang mit  
9 Lebensrisiken, Vermögensaufbau, Altersvorsorge, mit Darlehen und Krediten  
10 sowie die politische Urteilsfähigkeit hinsichtlich der Regeln für die Finanzindustrie  
11 und ihre Produkte.

## 12 **Vermittlung**

13 Finanzielle Allgemeinbildung soll entweder als eigenes Unterrichtsfach eingeführt  
14 oder als Querschnittsthema deutlich stärker als bisher in bestehenden  
15 Unterrichtsfächern (z.B. Mathematik, Wirtschaft und Recht, Sozialkunde,  
16 Geschichte und Politik) thematisiert werden. Neben Überblicks- und  
17 Grundwissenssollen dabei auch praktische Aspekte (z.B. Lesen von Rechnungen,  
18 Kontoauszügen, Bedingungen von Versicherungs-, Kredit- und Handyverträgen)  
19 einen großen Anteil haben.

20 Im Sinne einer Öffnung der Schule nach außen soll dabei auch auf externe  
21 Referenten zurückgegriffen werden können, z.B. durch Kooperation mit der  
22 Wirtschaft und Vereinen wie Geldlehrer e.V. Dabei ist das Neutralitätsgebot an  
23 den Schulen zu beachten. Referenten und Unterrichtsmaterialien sollen die  
24 Chancen, aber auch Nachteile und Risiken bestimmter Finanzthemen (z.B.  
25 Geldanlagestrategien) thematisieren. Lehrer sollen durch Fortbildungen in die  
26 Lage versetzt werden, Unterrichtseinheiten von externen Referenten kritisch zu  
27 begleiten. Zudem soll das Thema auch auf Elternabenden vorgestellt werden,  
28 um die Eltern in die Vermittlung finanzieller Allgemeinbildung mit einzubeziehen  
29 und anzuhalten, bei der Bildung ihrer Kinder mitzuwirken.

## 30 **Netzwerk Finanzkompetenz Bayern**

31 Die FDP Oberbayern regt die Gründung eines „Netzwerks Finanzkompetenz  
32 Bayern“ an. Nach dem Vorbild des Netzwerks Finanzkompetenz NRW soll dieses  
33 ein partnerschaftlicher Zusammenschluss von Vertretern aus Verbraucher- und  
34 Schuldnerberatung, aus Wissenschaft, Bildung und Jugendhilfe, aus Politik und

## Seite 27

35 Verwaltung sowie aus Wirtschaft und Bankenverbänden sein. Ziel des Netzwerks  
36 soll es sein, Kinder, Jugendliche und Familien bei der Aneignung finanzieller  
37 Allgemeinbildung zu unterstützen. Darüber hinaus soll es Ansprechpartner sein  
38 für Lehrkräfte und Multiplikatoren, die Informationen oder Referenten für ihren  
39 Unterricht oder ihre Arbeit benötigen.

### **Begründung:**

*Erfolgt mündlich*

# Antrag A017

**Betr.: Stoppt die Grenzkontrollen an der bayerisch  
österreichischen Grenze**

**Antragsteller: FDP Oberbayern**

1 Gerade für den Bezirk Oberbayern, ebenso wie für Bayern, Deutschland und  
2 Europa, sind gute Verkehrsverbindungen nach Österreich von großer Bedetung.  
3 Derzeit verhindern die zahlreichen Grenzkontrollen bei der Einreise nach Bayern  
4 einen freien und ungestörten Verkehr von Personen, Waren und  
5 Dienstleistungen. Gerade im Hinblick auf die beginnende Feriensaison und  
6 Oberbayern als Tourismusstandort ist dies von besonderer Bedeutung.

7 Die FDP Oberbayern fordert die bayerische Staatsregierung auf, sich für einen  
8 sofortigen Stopp der Grenzkontrollen zwischen Bayern und Österreich.

## **Begründung:**

*Erfolgt mündlich*

# Antrag A018

**Betr.: Freifunk als liberale Alternative zum Södnernetz**

**Antragsteller: FDP Oberbayern**

1 Begrüßenswerte Initiativen zu eGovernment und eHealth sowie die rasante  
2 Digitalisierung von Bildung und Arbeit bieten riesige Chancen, auch jenseits  
3 neuer Jobs und Produkte. So werden zum Beispiel physische Verkehre  
4 zumindest teilweise ins Netz verlagert – was in Zukunft langes Pendeln oder gar  
5 einen Umzug nach München oder Nürnberg nicht mehr erforderlich macht.

6 All dies erfordert jedoch leistungsfähigen, ausfallsicheren und vor allem freien  
7 Zugang zum Internet. Vor diesem Hintergrund fordern wir, alle Liegenschaften  
8 der Gemeinden und Gemeindeverwaltungen mit kostenlosen, anonymen und  
9 zensurfreien WLAN-Zugängen auszustatten. Vom Projekt der bayerischen  
10 Staatsregierung werden diese Anforderungen derzeit jedoch nur unzureichend  
11 umgesetzt: die Nutzung ist zwar kostenlos, jedoch weder anonym noch  
12 zensurfrei – und zudem für den Freistaat sehr teuer.

13 Wir Freien Demokraten in Oberbayern sehen die Zusammenarbeit mit  
14 zivilgesellschaftlichen Initiativen wie Freifunk München - auch aus Kostengründen  
15 - als zielführend an. Durch die Stärkung solcher Initiativen werden Kosten niedrig  
16 gehalten und technisch die Ausfallssicherheit der Datennetze verbessert.  
17 Positiver Nebeneffekt ist die Stärkung des freiheitlichen Bürgersinns: was im  
18 Ehrenamt erbracht ist, muss der Staat nicht aus Umlagen finanzieren.

19 Zudem fordern wir Mittel für Hochschulen in unserer Region, um hier die  
20 OpenSource „Freifunksoftware“ für jedermann noch leichter bedienbar zu  
21 machen.

22 Schließlich wollen wir gesetzliche Regelungen, die der Verbreitung von freien  
23 WLAN-Netzen im Wege stehen, abschaffen oder so gestalten, dass  
24 Rechtssicherheit für die Betreiber entsteht. Konkret fordern wir eine Abschaffung  
25 der so genannten Störerhaftung.

## **Begründung:**

*Erfolgt mündlich*

# Antrag A019

**Betr.:** Für ein modernes Ladenöffnungsrecht - Initiierung eines Volksbegehrens zur Freigabe der Ladenschlusszeiten in Bayern im Vorfeld der Landtagswahl 2018

**Antragsteller:** Christopher Meyer-Mölleringhof, Martin Zeil, Albert Duin, Gabrielle Neff, Dr. Martin Preusse, Ante Pivac, Hildebrecht Braun, Sven Gossel, Ursula Lex, Andreas Biele, Jakob Schäuble, Tristan Hilgenberg, Jennifer Kaiser, Andreas Wolkenstein

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 1. Die bayerische FDP wird ihre Forderung und Beschlusslage nach einem  
3 modernen Ladenöffnungsgesetz in Bayern zu einem Schwerpunkt im  
4 Landtagswahlkampf 2018 machen.

5 2. Dazu wird die FDP Bayern im Vorfeld der Landtagswahl 2018 ein  
6 Volksbegehren initiieren, damit die Bürger in Bayern über dieses Thema  
7 eigenständig entscheiden können.

8 3. Die FDP Bayern wird hierfür einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen  
9 und für einen Zulassungsantrag Unterschriften sammeln.

10 4. Sobald die erste Stufe für die Einleitung eines Volksbegehrens erreicht ist,  
11 wird die FDP Bayern nach der Landtagswahl die weiteren Schritte für die  
12 Verabschiedung eines modernen Ladenöffnungsgesetzes entweder durch den  
13 Landtag oder durch die bayerische Bevölkerung einleiten.

## **Begründung:**

*Die bayerische FDP tritt für die Abschaffung jeglicher Ladenöffnungsverbote an Werktagen (6x24) sowie für eine bedarfsgerechte Regelung an Sonn- und Feiertagen in Tourismusgebieten (z.B. Kur- und Erholungsorte) ein. Die Verkaufsstellen sollten die Ladenschlusszeiten damit zwischen Montag und Samstag, wie derzeit auch in neun anderen Bundesländern gültig, frei und eigenständig festlegen dürfen.*

*Die Entscheidungskompetenz für die Ausnahmen an Sonn- und Feiertagen soll bei den Kommunen liegen. Es ist dringend notwendig, dass antiquierte Ladenschlussgesetz von 1956 durch ein modernes Ladenöffnungsrecht in Bayern zu ersetzen, welches den veränderten Lebensverhältnissen und – Gewohnheiten der Menschen Rechnung trägt.*

*Das Thema der Ladenschlusszeiten muss auch deshalb wieder aufgegriffen und innovativ weiterentwickelt werden, da sich die Sachlage durch die Digitalisierung und den Siegeszug des E-Commerce (z.B. Amazon Fresh) in den letzten Jahren nochmals vollkommen verändert hat.*

## Seite 31

*Nur mit einer Freigabe der Öffnungszeiten können wir den Handel vor Ort stärken. Insbesondere in Tourismusgebieten ist die bestehende Regelung an Sonn- und Feiertagen ein Schlag ins Gesicht von Mittelstand und Kunden. Sie gibt Bayern im internationalen Vergleich der Lächerlichkeit preis und muss dringend abgelöst werden.*

*Wir möchten mit diesem Volksbegehren die Debatte für die Freigabe der Ladenschlusszeiten neu eröffnen und damit grundsätzlich auch die Möglichkeit basisdemokratischer Elemente stärken. Mit der Initiierung dieses Volksbegehren sehen wir zudem die Möglichkeit, unserem eigenen Anspruch als FDP auf ein „Neudenken“ von Politik und politischer Partizipation Ausdruck zu verleihen und diese Herangehensweise auch offensiv im Wahlkampf zu bewerben.*

# Antrag A020

**Betr.: Chancen nutzen - Europa jetzt weiter entwickeln**

**Antragsteller: LFA Außen, Sicherheit, Europa und Entwicklung**

1 Der Landesparteitag der FDP Bayern möge beschließen:

2 **Chancen nutzen – Europa jetzt weiter entwickeln**

3

4 Die FDP Bayern unterstützt die Initiative des französischen Präsidenten Emanuel  
5 Macron zur Weiterentwicklung der Europäischen Union und fordert alle an den  
6 augenblicklichen Koalitionsverhandlungen beteiligten Parteien in Deutschland,  
7 den neuen Bundestag und die zukünftige Bundesregierung, sowie EU  
8 Kommission und alle Mitgliedsstaaten auf, kompromissbereit die Chancen zu  
9 nutzen, die sich aus dem Momentum der Stunde ergeben, die EU und Europa in  
10 einem großen Schritt hin zu einem einigen Staatenblock zu formen.

11 Wir unterstützen dabei insbesondere die Vision, Europa zu einem föderalen  
12 Bundesstaat mit einer gemeinsamen Währung, gemeinsamen Streitkräften und  
13 gemeinsamen Heimat- und Grenzschutz weiter zu entwickeln, und durch den  
14 Abbau von allen Handelshemmnissen zur dauerhaften Stärkung der  
15 wirtschaftlichen Position des Kontinents in den nächsten Jahrzehnten  
16 beizutragen.

17 Dabei legen wir insbesondere Wert auf eine bessere Effizienz in der  
18 Entscheidungsfindung, auf deren volle demokratische Kontrolle und die  
19 Einhaltung und Durchsetzungsfähigkeit der von allen akzeptierten Regeln in der  
20 Zusammenarbeit. Dies betrifft nicht nur die Wirtschaftspolitik, sondern  
21 insbesondere auch die Rechtsstaatlichkeit, das Subsidiaritätsprinzip und die  
22 Solidarität unter den Mitgliedern.

23 Europa ist mehr als die Summe seiner Mitglieder. Wir haben eine gemeinsame  
24 Geschichte, gemeinsame Werte und gemeinsame Ziele. Die FDP Bayern tritt  
25 daher uneingeschränkt für alle notwendigen Reformen in den Verträgen und  
26 Prozessen der Europäischen Union ein, um die Zukunft des Kontinents  
27 gegenüber den Herausforderungen der internationalen Politik, dem globalen  
28 Bevölkerungswachstum und den globalen Veränderungen der Wirtschaftsstruktur  
29 zusammen abzusichern und zu entwickeln.

## **Begründung:**

*Seit der Wahl Macrons in Frankreich haben viele – im Detail sicher korrekten – Positionsmeldungen der Parteiführung des FDP Bundespräsidiums dazu beigetragen, die Partei im EU-Ausland als äußerst europakritischen Partner erscheinen zu lassen. Es gab*



## **Seite 33**

*Vergleiche mit der Position der AfD zu Themen der Währungsstabilität und der Asylpolitik, auch in der deutschen Presse. Selbst innerhalb der ALDE Partei gibt es seitdem große Vorbehalte gegenüber der Position der FDP, die Guy Verhofstaat im Oktober im Europäischen Parlament in einer Klarstellung aufgreifen musste. Die FDP Bayern sollte bei aller notwendigen Detailarbeit offen die Chancen der französischen Initiative unterstützen, und das Zeitfenster für einen großen Schritt in der weiteren europäischen Integration nutzen. Das Glas ist halb voll – und nicht halb leer.*

# Antrag A021

**Betr.:** Information betroffener Bürger über Datenerfassung, -  
speicherung, - verarbeitung oder -weitergabe

**Antragsteller:** KV Weilheim-Schongau, Klaus Breil, Saika Merx, Sebastian  
Krieger

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 Das Bundesamt für Verfassungsschutz und das bayerische Landesamt für  
3 Verfassungsschutz werden verpflichtet, ohne Antragsbedürfnis alle Bürger der  
4 europäischen Union, über die sie Daten erfassen, speichern, verarbeiten oder  
5 weitergeben über die Erfassung, Speicherung, Verarbeitung oder Weitergabe  
6 sowie über den Inhalt der Daten zu informieren. Dies gilt nicht, wenn einer  
7 Information sicherheitsrelevante Umstände entgegenstehen. Steht im Zweifel, ob  
8 sicherheitsrelevante Umstände entgegenstehen, ist der Fall dem  
9 Kontrollausschuss des Bundestages/Landtages oder einer Kommission  
10 bestehend aus Mitgliedern des Kontrollausschusses des Bundestages und der  
11 Richterschaft zur Entscheidung vorzulegen.

12 Die betroffene Person ist spätestens dann zu informieren, wenn die der  
13 Information entgegenstehenden sicherheitsrelevanten Umstände wegfallen. Dies  
14 ist turnusmäßig alle 3 Jahre zu prüfen.

## **Begründung:**

*Die Geschehnisse um den Ausschluss von Pressevertretern vom G20-Gipfel in Hamburg aufgrund falscher Eintragungen in den Akten des Bundesamtes für Verfassungsschutz haben deutlich gezeigt, dass solche Fehlinformationen nicht nur nachteilige Wirkung für Einzelpersonen haben können. Im Fall von Hamburg hat es zu einer nicht hinnehmbaren Einschränkung der Pressefreiheit geführt. Dabei hatten die betroffenen Redakteure im Vorhinein nicht einmal die Möglichkeit erhalten, sich zu den Eintragungen zu äußern oder deren Löschung zu erwirken; dies aus dem einfachen Grund, da sie von diesen keine Kenntnis hatten. Aus diesem Umstand ergibt sich neben dem Eingriff in Persönlichkeitsrechte und die Pressefreiheit auch eine Rechtsstaatslücke. Nur wer von einer Verletzung seiner Rechte weiß, kann sich wehren.*

*Die weitere Begründung erfolgt mündlich*

# Antrag A022

**Betr.:** Pädagogische Konzepte für Kulturinstitutionen

**Antragsteller:** LFA Wissenschaft, Forschung, Hochschule und Kultur

**1 Die FDP Bayern fordert:**

- 2 Die Verpflichtung zu pädagogischen Konzepten und Interaktion mit allen  
3 Schularten für alle steuerfinanzierten Kulturinstitutionen, i.e. alle staatlichen und  
4 kommunalen Theater ebenso wie alle staatlichen und kommunalen Museen und  
5 vergleichbare Einrichtungen, als Teil der allgemeinen Grundbildung.

**Begründung:**

*Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur ist nicht nur ein Stück Selbstreflexion, sondern auch Reflexion der eigenen Wurzeln, der eigenen Werte und der Werte anderer Menschen. Kultur belebt Traditionen und wirkt identitätsstiftend.*

# Antrag A023

**Betr.:** Bürgerfreundlichkeit trifft Kultur

**Antragsteller:** Landesfachausschuss Wissenschaft, Forschung,  
Hochschule und Kultur

1 **Die FDP Bayern fordert:**

- 2 Die Verpflichtung zu bürgerfreundlicher Interaktion der steuerfinanzierten  
3 Kulturinstitutionen, i.e. aller staatlichen und kommunalen Theater ebenso wie  
4 aller staatlichen und kommunalen Museen und vergleichbarer Einrichtungen, und  
5 zur Einrichtung entsprechender Fach-Foren bzw. runder Tische auf  
6 Bezirksebene.

## **Begründung:**

*Kommunikation zwischen den Kultureinrichtungen, die steuerfinanziert sind, erhöht deren Bürgerfreundlichkeit und kann die Verschwendung von Steuergeldern vermeiden.*

# Antrag A024

**Betr.:** Europa-Kenntnisse von Schülern stärken. Europa besser in den neuen Lehrplänen verankern. Für ein Europa-Zeitzeugen-Programm.

**Antragsteller:** Cécile Prinzbach mit dem Kreisverband München-Ost sowie den Delegierten Moritz Pöllath, Ruth Hohenadl, Heinz Hilgendorf, Sven Gossel, Hildebrecht Braun, Dr. Wolfgang Heubisch, Martin Zeil, Dr. Lukas Köhler, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Martin Hagen, Phil Hackemann, Stefanie Wagner-Schroiff und dem Mitglied Walter Brinkmann

1 Die FDP Bayern fordert, Europa besser als Thema in den Lehrplänen  
2 bayerischer Schulen zu verankern. Bei der aktuellen Überarbeitung des  
3 Curriculums für die Gymnasien im Zuge der Anpassung von G8 auf G9 soll  
4 Europa als Thema im Lehrplan ausgeweitet und präziser ausgestaltet werden. Bei  
5 der jetzt anstehenden Detail-Umsetzung der gerade abgeschlossenen  
6 Überarbeitung der Lehrpläne für die Mittelschulen soll Europa als Lehrstoffthema  
7 möglichst präzise ausgestaltet werden.

8 In diesem Kontext fordert die FDP Bayern die feste Etablierung eines  
9 „Europa-Zeitzeugen-Programms“ als praktische Ergänzung zum Lehrplan im  
10 Unterricht. Dafür soll ein Pool von „Europa-Zeitzeugen“ auf bayerischer Ebene  
11 geschaffen werden. Diese sollen von eigenen Erfahrungen aus den Anfängen  
12 des Europäischen Einigungsprozesses berichten. So soll die Bedeutung der  
13 Errungenschaften der EU, die viele Schüler heute als selbstverständlich erleben,  
14 veranschaulicht werden. Zu diesem Zweck muss die *Europäische Akademie*  
15 *Bayern* als Partner der bayerischen Schulen mit mehr finanziellen Mitteln  
16 ausgestattet werden.

## **Begründung:**

*Europa wird von vielen Bürgern als bürgerfern, zu abstrakt oder zu kompliziert wahrgenommen. Für die jungen Generationen ist die EU mit ihren Errungenschaften zudem eine Selbstverständlichkeit, deren Wert oft nicht erkannt wird. Die Erfahrungen des Brexit, der Europa-polarisierenden Wahlkämpfe in den Niederlanden und Frankreich sowie die zahlreichen nationalstaatlichen Bestrebungen in vielen EU-Mitgliedsstaaten machen deutlich, welches Risiko von Europa-Müdigkeit, Europa-Frust und fehlendem Wissen über EU-Prozesse für das Projekt der Europäischen Einigung ausgehen. In allen Ländern zeigt sich, dass die unter 25-Jährigen teils besonders desinteressiert an Europa sind und/oder überproportional zu europa-feindlichen Positionen der rechts- wie linksextremen Parteien tendieren.*

*Es gehört zu den Grundüberzeugungen der Freien Demokraten, dass Bildung und die Befähigung sich unabhängig informieren und eine Meinung bilden zu können, die Basis*

*eines selbstbestimmten Lebens und aktiver bürgerlicher Beteiligung in einer Demokratie darstellen. Wenn Europa heute als zu abstrakt und unverständlich wahrgenommen wird, liegt das nicht nur an der Reformbedürftigkeit der EU, sondern auch daran, dass an den Schulen das Thema „Europäische Union“ nicht ausreichend und nicht ausreichend präzise in den Lehrplänen verankert ist und es daher an Wissen über die EU bei den Schulabgängern mangelt. Europa muss daher ein starker integraler Bestandteil im Curriculum sowohl der bayerischen Gymnasien als auch der Mittelschulen sein. Denn Wissen beugt den oben beschriebenen Entwicklungen vor.*

*Die aktuelle Überarbeitung der Lehrpläne für Gymnasien im Zuge der Anpassung von G8 auf G9 bietet die Chance eine stärkere Verankerung des Thema Europa in den Lehrplänen zeitnah umzusetzen. Eine erneute Anpassung der Lehrpläne wird danach erst in mehreren Jahren stattfinden. Es gilt das aktuelle Zeitfenster zu nutzen.*

*Die Überarbeitung des Curriculums für die Mittelschulen wurde gerade abgeschlossen, lässt aber in der jetzt anstehenden praktischen Umsetzung noch Raum für Detailausgestaltung und einer Aufwertung des Themas. Auch hier gilt es zeitnah auf den Prozess einzuwirken.*

*Persönliche Erfahrungsberichte von „Europa-Zeitzeugen“ stellen eine wichtige Ergänzung zu den abstrakten Inhalten der Lehrpläne dar. Viele junge Menschen kennen keine Zeit ohne Europäische Union und halten ihre Errungenschaften, wie z.B. Reise- und Niederlassungsfreiheit, Anerkennung von Bildungsabschlüssen, den Euro, den gemeinsamen Binnenmarkt und nicht zuletzt Frieden innerhalb Europas, für selbstverständlich und schreiben sie oft gar nicht der EU zu. Der mühsame Weg der Europäischen Einigung ist für sie bereits Geschichte und nicht Teil ihres persönlichen Erfahrungsschatzes.*

*Um ihnen den Wert des Erreichten vor Augen zu führen, müssen sie die Probleme aus den Anfängen der Europäischen Einigung kennen(lernen) – persönliche Berichte von Zeitzeugen hinterlassen in diesem Kontext oftmals stärkere Eindrücke als theoretischer Lehrstoff.*

*Anfragen von Schulen nach solchen praktischen Lehr-Ergänzungen (Planspiele, Brüssel-Reisen, Zeitzeugen) werden zentral von der Europäischen Akademie Bayern beantwortet. Aktuell kann die Akademie nicht alle Anfragen der bayerischen Schulen bewältigen, da aufgrund finanzieller Kürzungen durch den Freistaat keine ausreichenden finanziellen wie personellen Ressourcen vorhanden sind: die Anfragen können weder administrativ zeitnah bearbeitet noch kann ein ausreichender Pool an Zeitzeugen aufgebaut oder finanziert werden. Dieses Defizit soll behoben werden.*

*Aufgrund der laufenden Überarbeitung der Lehrpläne durch den Freistaat, muss sofort reagiert werden.*

# Antrag A025

**Betr.:** Gründung eines Arbeitskreises zu Grundsätzen der Sozialpolitik

**Antragsteller:** Liberale Christen

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen, einen **Arbeitskreis** zu Grundsätzen der
- 2 Sozialpolitik einzurichten mit sachkundigen Mitglieder aus den
- 3 Landesfachausschüssen, z. B. Arbeit, Soziales und Inklusion,
- 4 Generationengerechtigkeit und Gleichstellung und Vorfeldorganisationen.

## **Begründung:**

*Der SPD-Wahlkampf wird auch unter dem Motto der sozialen Gerechtigkeit geführt werden. Hier ist eine Schwachstelle in der Wahrnehmung der FDP, da den Liberalen unterstellt wird, die Partei der „sozialen Kälte“ zu sein. Diese falsche Anschuldigung ist zu korrigieren, wenn die FDP in Zukunft stabil bestehen soll. Es sind die Unterschiede zu anderen Parteien aufzuzeigen, warum und wie die Liberalen eine bessere Sozialgesetzgebung gestalten werden.*

*Alternative Vorschläge allein genügen nicht, sie sind mit liberalen Grundsätzen zu begründen, damit sie verstanden werden. Damit werden die Fehler gezeigt,*

*die die bisherige Sozialpolitik gemacht hat. Deshalb muss der Liberalismus umfassend dargestellt werden.*

***Die liberalen Grundsätze, Prinzipien, Ordnungsvorstellungen sind zu zeigen,***

***um den Angriffen der Anderen zu begegnen.***

### **Liberaler Grundsätze zur sozialen Gerechtigkeit**

*Die heutige Sozialpolitik anderer Parteien ist gekennzeichnet durch Gesetz-Reparaturpfuscherei, durch unübersichtliche und komplizierte Systeme, durch Aufstellen von Sozialgesetzen in einem Planwirtschaftssystem, denn die Sozialisten - rote, dunkelrote, grüne und schwarze - denken in planwirtschaftlichen Kategorien. Wir leben aber in einem Marktsystem. Wer die Welt anders sieht, wird auch andere Ordnungs- und Organisationsprinzipien verwenden - gerade in der Sozialpolitik. Die FDP hat sich dieser liberalen Grundsätze nicht bewusst gemacht, sie weder aufgestellt und entwickelt noch deutlich dargestellt. Unsere Methoden[1] sind besser, gerechter und zu finanzieren. Wir gehen davon aus, dass*

- *alle Parteien es mit Gerechtigkeit ernst und ehrlich meinen.*
- *es unterschiedliche Vorstellung von Gerechtigkeit gibt.*

## Seite 40

- es unterschiedliche Rezepte gibt, die zu unterschiedlich guten Ergebnissen führen.

Deswegen sprechen wir niemandem den guten Willen ab, ganz anders, als es unsere Konkurrenten uns gegenüber tun. Wir glauben aber, dass man darum streiten muss,

welche Methoden die erfolgreicher und besseren sind. Moralische Vorverurteilungen führen nur zu Schlammschlachten, nicht zu guten Ergebnissen. **Deswegen stellen wir die Grundsätze liberalen Handelns und unsere Wertevorstellungen an den Anfang, bevor die Vorschläge im Detail erläutert werden.**

### **Mit Reparaturpfuscherei und „sozialen Schleifchen“ zum „sozialen Labyrinth“**

Es ist nicht damit getan, an jedes nur mögliche Gesetz eine soziale Komponente anhängen zu wollen. Das führt aber nicht zu einer vernünftigen sozialen Gesetzgebung, sondern zu scheinsozialen Gesetzen. So ist unser Sozialsystem zu einem Chaossystem geworden, das keine soziale Gerechtigkeit bringt. Kaum jemand blickt noch durch, vor allem nicht die Betroffenen. Diese „sozialen Schleifchen“ gaukeln nur ein soziales System vor.

### **Wie sollte ein soziales System gestaltet sein?**

#### **Ein soziales System**

- soll zunächst alle gleich behandeln
- soll jedem das lassen, was er sich erarbeitet hat - Leistung muss sich lohnen
- soll einfach sein, dass jeder die Gerechtigkeit des Systems erkennen kann
- soll bei Bedürftigkeit oder besonderer, sinnvoller Notwendigkeit (Familie, Bildung) Leistungen erbringen, die zusätzlich sind und nicht mit anderen Leistungen verrechnet werden müssen
- nennt keine Einkommensgrenzen, die immer zur Brutto/Netto-Umkehrung führen müssen, sondern versteuert alle Transferleistungen. Das belastet gut Verdienende stärker, Bedürftige können entlastet werden.

Eigene Leistungen dürfen nicht zum Abzug von Sozialleistungen führen, die dem Betroffenen zustehen, aus sozialer Not muss man sich „herausschleichen“ können. Eine Bestrafung der Leistung darf es nicht geben. Die progressive Besteuerung aller Einkünfte, auch die der Transferleistungen, schafft die gebotene Gerechtigkeit.

Wir erwarten als Ergebnis ein Grundsatzpapier zur Organisation der Sozialpolitik, das die heutigen Fehler vermeidet:

- fehlerhafte Definitionen der Armut



## Seite 41

- *mathematische und logische Fehler bei Programmen und Begründungen*
- *Verwechslung von Armut bei der Sicherung des Lebensstandards und Armut an Eigentum von Vermögen*
- *Verwendung von falschen Methoden bei der Bekämpfung der verschiedenen Armutsarten*

*Die Detailarbeit zu einzelnen Bereichen einschließlich der Begründung der Fehler anderer Parteien muss in den bisherigen Arbeitskreisen weitergeführt werden.*

# Antrag A026

**Betr.:** Gründung eines Arbeitskreises zu Grundsätze der Vermögenspolitik

**Antragsteller:** Liberale Christen

- 1 Der Landesparteitag möge entschließen, einen **Arbeitskreis** zu Grundsätzen der
- 2 Vermögenspolitik einzurichten mit sachkundigen Mitglieder aus den
- 3 Landesfachausschüssen, z. B. Arbeit, Soziales und Inklusion,
- 4 Generationengerechtigkeit und Gleichstellung und Vorfeldorganisationen.

## Begründung:

*In der Öffentlichkeit werden Armut - „Armut als ein zu geringes Einkommen“ einerseits und "Armut als kein Eigentum von Produktionsmitteln oder anderen Gütern“ andererseits meist verwechselt. Beide Arten von Armut haben unterschiedliche Ursachen und müssen unterschiedlich betrachtet werden:*

*· Zu geringes Existenzeinkommen ist durch Bildung, Ausbildung und soziale Maßnahmen anzuheben. Das bedarf normalerweise staatlicher Hilfen aus der Steuer, aber nicht durch Anzapfen von Eigentum und Einkommen anderer. Das darf nur an einer Stelle passieren, bei der Steuer!*

*Durch andere Verfahren wird die Gesellschaft nicht sozialer, sondern ungerechter! Eine andere Regelung bringt zunächst nur Bürokratie, und schließlich ist sie nicht mehr möglich, sie wird undurchsichtig. Die Klarheit und Wahrheit der Buchführung ist, wie in einem Betrieb, auch beim Staat nötig.*

- *Ungleiche Vermögensverteilung kann nur durch Beteiligungsmodelle, aber nicht durch Löhne oder Investivlöhne beseitigt werden - das funktioniert nicht, weil Löhne Kosten sind. Sie würden die Preise in die Höhe treiben und unsere Konkurrenzfähigkeit schwächen. Die Beteiligung muss beim **Gewinn** ansetzen. Mitbestimmung, Mitbeteiligung und Mitverantwortung müssen zusammenwirken.*

*In der Sozialliberalen Koalition scheiterte die Vermögensbildung wegen der Ablehnung der Sozialdemokraten von direkter Zuordnung der Vermögen an den einzelnen Bürger. Sie forderten einen Fond ohne persönlichen Zugriff; das hätte zu einer „Superheuschrecke“ geführt (wie Münzfering an anderer Stelle monierte), letztlich zu einer Art Volkseigener Betrieb:*

*Das Auseinanderfallen von Eigentum und Verfügungsgewalt würde langfristig unser Wirtschaftssystem zerstören.*

*Heute verfügen angestellte Manager bei Banken und Fonds über hohe Summen von Kapital und damit über Verfügungsgewalt über die Wirtschaft, ohne dass sie*

## Seite 43

*dafür persönlich haften und Verantwortung – auch soziale – tragen. Die Macht beruht auf den Einlagen der Sparer.*

*Diese wirtschaftliche und politische Macht lässt sich bei Fonds und Banken demokratisch nicht kontrollieren. Alle Formen der Beteiligung sind zu fördern, bei denen Eigentum und Verfügungsgewalt beisammenbleiben.*

*In allen inhabergeführten Betrieben fühlen sich Arbeitnehmer normalerweise sozial besser behandelt als in anonymen Großbetrieben.*

*Auch über eine Gewichtung des Stimmrechts bei Aktiengesellschaften sollte man nachdenken:*

- Aktien im Besitz von natürlichen Personen*
- Aktien im Besitz von natürlichen Personen, die im eigenen Betrieb arbeiten*
- Aktien von Subunternehmen im Besitz von Unternehmen*
- Aktien im Besitz von Banken und Fonds*

### **Gerechtigkeit beim Eigentum von Vermögen**

*Gerechtigkeit kann auch hier nicht durch Umverteilung erreicht werden, weder durch Vermögenssteuer noch durch Erbschaftssteuer! Es geht nur durch Mitbeteiligungsmodelle, die Mitbestimmung, Mitverantwortung und Mitbeteiligung verbinden.*

*Die bisherigen vorgeschlagenen oder realisierten Modelle waren planwirtschaftlich und sind alle gescheitert, das sowjetische, das jugoslawische, der Kibbuz, in Deutschland das von Foto-Porst.*

*Nur eines hat sich bewährt, das liberale Modell von Josef Grünbeck, vormaliger MdB und Landesvorsitzender der FDP Bayern. Sein Betrieb ging in das Eigentum seiner Arbeitnehmer über - er hatte keine Kinder - und sein liberales System funktioniert auch nach dem Tod von Frau Grünbeck noch sehr gut.*

*Das von Prof. Dr. Mitschke entwickelte Steuersystem macht die Steuer gerechter. Die hohen Steuern besteuern nicht Arbeitsplätze, sondern besteuern nur hohen privaten Konsum. Die Kapitalbildung wird erleichtert. Dadurch kann eine breite Vermögensbildung für jedermann verbessert werden.*

# Antrag A027

**Betr.:** Junge FDP-Mitglieder sichern die Zukunft von uns Liberalen

**Antragsteller:** Peter Pernsteiner, Josef Vogl, Albert Duin, Michael Linnerer, Renate Will, Sandra Bubendorfer, Ursula Lex, Florian Kuhl, Stefan Wolf, Jakob Schäuble, Tobias Thalhammer, Dr. Wolfgang Heubisch, Thomas Nagel

## 1 Junge FDP - Mitglieder sichern die Zukunft von uns Liberalen

2 Die FDP-Bayern wünscht sich mehr Mitglieder jüngeren Alters. Der Vorstand der  
3 FDP-Bayern soll sich deshalb schnellstmöglich intensiv Gedanken dazu machen,  
4 verstärkt junge Menschen als FDP-Mitglieder gewinnen zu können –  
5 beispielsweise durch eine geeignete Änderung der entsprechenden  
6 Beitragssätze. Dadurch dürfen allerdings Ortsverbände, Kreisverbände,  
7 Bezirksverbände sowie der Landesverband nicht finanziell belastet werden.  
8 Unser Landesvorstand soll diese Ideen auch beim FDP-Bundesvorstand  
9 forcieren.

## **Begründung:**

*Junge Menschen – egal ob Schüler, Auszubildende oder Studenten - haben oft nicht nur gute Ideen, sondern auch mehr Zeit als Erwachsene, die bereits voll im Berufsleben stehen. Deshalb sind junge Menschen sehr wertvoll für eine aktive Parteilarbeit in den Orts- und Kreisverbänden – beispielsweise bei der Organisation von Veranstaltungen, der Erstellung von örtlichen/regionalen Parteipublikationen, der aktiven Mitarbeit in Vorständen, der Mitwirkung in Gemeinderäten oder der Gestaltung und Pflege von Internet- und Social-Media-Aktivitäten.*

*Derzeit besteht zwar die Möglichkeit für Ortsverbände, einen ermäßigten FDP-Beitrag für beispielsweise Schüler, Auszubildende und Studenten festzusetzen. Nachdem der Ortsverband allerdings strikt nach Mitgliederzahlen seine Abführungen an den Kreisverband leisten muss, wird er oftmals für solche Beitragsermäßigungen indirekt bestraft und gezwungen, dies durch örtliche Spenden oder Beitragssponsoren zu kompensieren. Dieses Prinzip ist heute bei der FDP leider auch deshalb unerlässlich, weil sich die Kreisverbands-Abführungen an die höheren Gliederungen strikt pro Kopf errechnen.*

*Aus diesem Grund wäre es sehr sehr sinnvoll, dass innerhalb der gesamten FDP künftig generell auf Beitragsabführungen für junge Mitglieder an die höheren Parteigliederungen verzichtet werden sollte oder zumindest nur noch eine prozentuale Abführung aus reduzierten Beiträgen berechnet werden sollte.*

*Zudem sollte der FDP-Mitgliedsbeitrag für Schüler, Auszubildende und Studenten so festgesetzt werden, dass er zwar die Ernsthaftigkeit einer FDP-Mitgliedschaft*

## Seite 45

*unterstreicht, aber keine Parteimitgliedschaft aus finanziellen Gründen verhindern würde. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass junge FDP-Mitglieder meist auch zusätzlich Mitglieder bei den JuLis sein wollen/sollten und dafür ebenfalls Beiträge erhoben werden (derzeit laut [www.julis.de](http://www.julis.de) in der Regel zwischen 1 und 4 Euro pro Monat).*

*In diesem Grundsatzantrag wird bewusst kein expliziter Beitragssatz für junge FDP-Mitglieder von beispielsweise 18 oder 24 Euro pro Jahr gefordert. Allerdings sollte sich jedes Parteimitglied die entsprechenden Regelungen in anderen Parteien ansehen und auch der FDP-Landesvorstand sollte diese Regelungen in seine Überlegungen mit einzubeziehen.*

# Antrag A028

**Betr.: Landflucht verhindern!**

**Antragsteller: Junge Liberale Bayern, FDP Oberbayern**

1 **Präambel:**

2 Das Phänomen der Landflucht gefährdet die Grundversorgung im ländlichen  
3 Gebiet: Durch den Wegzug junger Menschen in städtische Gebiete und die  
4 alternde Gesellschaft auf dem Land, verlieren ländliche Gemeinden ihre  
5 Einwohner und Funktionsfähigkeit. Die Folgen sind hoher Leerstand und der  
6 Wegfall grundlegender Strukturen wie Ärzten, Schulen und Arbeitsstellen in den  
7 Dörfern, bei gleichzeitig zunehmender Wohnungsnot in den Städten. Ländliches  
8 Gebiet ist oftmals bezahlbarer, grüner und wertvoller Lebensraum und als solcher  
9 schützenswert. Junge Familien und Firmen finden hier genug Platz, um sich  
10 anzusiedeln und zu wachsen. Der Landesparteitag möge beschließen: Um  
11 ländliches Leben zu fördern, Städte zu entlasten und der Landflucht  
12 entgegenzuwirken, fordern die Freien Demokraten: Verbesserung öffentlicher  
13 Personennahverkehr Im Vergleich zu Städten, mit gut ausgebautem öffentlichen  
14 Nahverkehr und damit einhergehender Mobilität, hinkt der ländliche Raum  
15 hinterher. Aber gerade hier ist es wichtig, Mobilität zwischen den teilweise weit  
16 entfernten und fußläufig nur schwer erreichbaren Einrichtungen des täglichen  
17 Lebens zu gewährleisten, wobei besonders jungen und alten Menschen reelle  
18 Alternativen zum Individualverkehr mittels KFZ zu bieten sind. Zur Stärkung des  
19 öffentlichen Personennahverkehrs im ländlichen Raum fordern wir:

- 20 • Die materielle, finanzielle und rechtliche Förderung von  
21 Bürgerbusvereinen.
- 22 • Eine weitgreifende Liberalisierung des Carsharing- und Ridesharingmarkts,  
23 sowie die Aufhebung von staatlichen Markthindernissen für neue, mit dem  
24 konventionellen Taxi konkurrierenden, Personenbeförderungsdiensten.
- 25 • Die FDP Bayern fordert, dass das Alter zum PKW-Führerscheinwerb ein  
26 weiteres Jahr herabsetzt wird. Begleitetes Fahren

27 soll so ab 16 Jahren, eigenständiges Fahren ab 17 Jahren möglich sein.

- 28 • Die Implementierung bedarfsorientierter ÖPNV-Systeme wie Baxi oder  
29 Immer/Yosili. Durch die Schulung der rechtl. Rahmenbedingungen für  
30 autonome Fahren kann vor allem im Bereich der ÖPNV breite Versorgung  
31 sichergestellt werden.
- 32 • Die Kooperation zwischen Bus und Bahn, bspw. In Form von koordinierten  
33 Zubringernetzen, soll ausgebaut werden.

34 **Herstellung und Gewährleistung einer funktionierenden Bildungsinfrastruktur im**  
35 **ländlichen Raum:**

## Seite 47

36 Um der Landflucht entgegenzuwirken, ist es zwingend erforderlich, Schulen  
37 auch auf dem Land zu erhalten. Vielerorts stehen die Verantwortlichen vor der  
38 Problematik, Schulen mit geringer Schülerzahl erreichbarer Nähe zu halten und  
39 trotzdem möglichst kosteneffizient zu agieren. Gerade auf dem Land können  
40 Privatschulen gut funktionierende und besser auf die Situation vor Ort  
41 angepasste Alternativen zu staatlichen Schulen darstellen. Um die Gründung und  
42 Ansiedlung privater Bildungseinrichtungen zu fördern, fordern wir, private  
43 Schulen im ländlichen Raum bereits von Anfang an mit staatlichen Mitteln zu  
44 fördern, sofern seitens des Schulträgers keine zusätzlichen Gebühren erhoben  
45 werden. Die Voraussetzungen dafür dürfen nicht an eine zeitliche Komponente,  
46 sondern einzig und allein an die Qualität der Schule gebunden sein. Wir fordern,  
47 die Sicherstellung der Beförderung von Schülern auch aus kleinen Gemeinden  
48 zur nächstgelegenen Schule.

### 49 **Vereinsleben/Ehrenamtliches Engagement stärken:**

50 Freizeitaktivitäten stellen einen essentiellen Kern des Lebens in einer Gemeinde  
51 dar. Vereine fördern das Sozialleben und die Verbindung zur Gemeinde. Die  
52 Kommune hat dabei primär die Aufgabe, die Infrastruktur zur Vereinsarbeit  
53 bereitzustellen, jedoch nicht aktiv in die Vereinsarbeit einzugreifen. Wir fordern  
54 daher

- 55 • Wohnortnahe Sportaktivitäten ermöglichen.
- 56 • Hinreichend Hallen, Schwimmhallen etc. bereitstellen, ggf. interkommunale  
57 Lösungen.
- 58 • Nutzungsgebühren für Sportanlagen und Hallen sollen für ehrenamtliche  
59 Arbeit oder Jugendarbeit entfallen.
- 60 • Einrichtung von Begegnungsstätten wie Mehrgenerationenhäuser oder  
61 bBürgerzentren errichten.
- 62 • Vereinsförderung nur auf Basis projektbezogener Förderung.
- 63 • Schulen in staatlicher Trägerschaft sollen verstärkt, bspw. im Fach Sport,  
64 mit lokalen Vereinen kooperieren

### 65 **Wohnen und Häuslebauen:**

66 Wohnen und Grundeigentum müssen attraktiv sein, damit sich Menschen in  
67 einer Gemeinde ansiedeln. Vielfach sorgen jedoch Kostentreiber und Bürokratie  
68 für Hindernisse. Wir fordern daher:

- 69 • Klare Regeln durch flächendeckende Flächennutzungspläne. Weniger  
70 Lücken bzw. Handhabung über Einpassung in die lokale Bebauung.
- 71 • Bei der Ausweisung von Nutzungsflächen sind Mischgebiete stärker zu  
72 berücksichtigen
- 73 • Die Abschaffung der Grundsteuer
- 74 • Beteiligungskosten an Infrastrukturmaßnahmen für Anlieger müssen  
75 frühzeitig dem Anlieger bekanntgemacht werden und es muss mit jedem  
76 Anlieger individuell ein Zahlungsplan erstellt werden, der auf die  
77 Lebenssituation eingeht.

78 **Gesundheitsversorgung auf dem Land sicherstellen:** Für junge Mediziner,  
79 Pflegekräfte und Assistenzen in der Gesundheitsbranche, es oft eine große  
80 Hürde nach der Ausbildung in Orte mit schwacher Infrastruktur zu wechseln. Aus  
81 diesem Grund, sind wenige bereit den Komfort ihrer Großstädte zu verlassen  
82 und auf dem Land nieder zu lassen. Um den ländlichen Raum für  
83 Niederlassungen attraktiver zu gestalten, müssen die Bedarfsplanung sowie die  
84 Budgetierungsregelungen aufgehoben bzw. ausgesetzt werden. Die Jungen  
85 Liberalen sprechen sich klar gegen eine Landarztquote aus, die beispielsweise im  
86 Masterplan 2020 für Medizinstudierende fordert wird. So fordern wir eine  
87 finanzielle Unterstützung und steuerliche Entlastung von niedergelassenen  
88 Ärzten, Pflegekräften und Assistenzen im ländlichen Bereich in den ersten 3  
89 Jahren nach Gründung ihres Unternehmens. Um Standorte auf dem Land für  
90 niedergelassene Ärzte interessant zu machen, es wichtig, dass die jeweiligen  
91 Standorte an Attraktivität gewinnen. Hierauf kann kommunale Politik Einfluss  
92 nehmen: So sind junge Mediziner eher bereit in eine Kommune zu ziehen, wenn  
93 die Infrastruktur und das soziale Angebot stimmen und Einrichtungen wie  
94 Kindertagesstätten, Schulen, Vereinsleben, Kultur und eine intakte Natur  
95 vorhanden sind. Doch nicht nur Ärzte sind Mangelware in ländlichen Gebieten,  
96 sondern auch Pflegekräfte. Um die Versorgung im Bereich der Pflege zu  
97 gewährleisten, sind die Freien Demokraten der Ansicht, dass die Pflege in  
98 ländlichen Regionen durch den Ausbau von Pflegestützpunkten gestärkt werden  
99 können. Pflegestützpunkte tragen die Verantwortung, den Bedarf für die  
100 Versorgung festzustellen, Arbeitskräfte sinnvoll einzuteilen und die Pflege  
101 zuhause zu unterstützen. Versandapotheken sowie Videoapotheken mit  
102 Automatenabgabe können zukünftig einen wichtigen Beitrag zur  
103 Arzneimittelversorgung in ländlichen Gebieten leisten. Die Behinderung  
104 innovativer Vertriebsmodelle durch den Gesetzgeber zu Lasten der Bürger muss  
105 aufhören. Der Apothekemarkt gehört umfassend liberalisiert. Wir fordern, dass  
106 Apotheken ein stärkeres Mitspracherecht bei der Auswahl der durch sie  
107 verkauften Produkte, unbürokratische Abrechnungsstrukturen und eine echte  
108 Filialstruktur auch im Fremdbesitz ermöglichen erhalten.

109 **Die Schaffung der Entscheidungshoheit über die Gewerbesteuer für**  
110 **Kommunen und Gemeinden:**

111 Die Finanzierung der Haushalte der Kommunen unterliegt großen  
112 Unsicherheiten und macht diese anfällig gegen Schwankungen am Markt. Wir  
113 fordern daher,

- 114 • Im Ersten Schritt die Abschaffung der Mindesthebesätze auf Gewerbe- und  
115 Grundsteuer
- 116 • Langfristig die Ersetzung der Gewerbe- und Grund- bzw.  
117 Körperschaftssteuer durch einen von der Kommune festlegbaren Hebesatz  
118 auf die Einkommenssteuer

119

**Begründung:**



*erfolgt mündlich*

# Antrag A029

**Betr.: Politischer Extremismus in Deutschland**

**Antragsteller: Junge Liberale Bayern**

## 1 **Rechts, Links, oder doch "gemäßigte Mitte? - Politischer** 2 **Extremismus in Deutschland**

3 Innerhalb des organisierten politischen Liberalismus wird gerne und oft gestritten,  
4 wo er im sogenannten "Spektrum der Parteien" einzuordnen sei. Haben sich die  
5 Positionen der Volksparteien inzwischen so verändert, dass die FDP rechts der  
6 CDU einzuordnen ist? Wen diese Frage umtreibt, der sieht das politische  
7 Spektrum als klare Linie, auf der sich die Parteien nebeneinander einordnen.  
8 Dieses eindimensionale links-rechts-Schema erscheint uns jedoch heute nicht  
9 mehr zeitgemäß, um die vielschichtige Positionierung von politischen Parteien  
10 einzuordnen oder gar zu bewerten. Nichtsdestotrotz ist es in der Diskussion um  
11 Extremismus immer noch weitläufig gebräuchlich, weil es eine scheinbar einfache  
12 Zuordnung der politischen Extreme ermöglicht. Wir möchten dieser überholten  
13 Einordnung daher eine liberale Vorgehensweise zum Umgang mit politischem  
14 Extremismus entgegenstellen. Dabei wollen wir vor allem klären, wo für uns die  
15 Grenze zwischen radikalen, aber noch dem demokratischen Spektrum  
16 zuzuordnenden Positionen einerseits und extremistischen und  
17 verfassungsfeindlichen Ideologien andererseits verläuft. Immer wieder kommt es  
18 überall in Deutschland zu Gewalttaten, die in Zusammenhang mit politischem  
19 Extremismus stehen. Diese Vorkommnisse führen regelmäßig zu Aufschreien in  
20 der Bevölkerung und müssen als Ausrede herhalten für Forderungen nach  
21 besserer Überwachung durch Vorratsdatenspeicherung oder Parteiverbote. Die  
22 etablierten Parteien sind hier gefordert, ohne Überreaktionen Antworten zu  
23 finden auf steigenden Zuspruch zu radikalen Parteien und extremistischen  
24 Organisationen und auch auf politisch motivierte Verbrechen.

## 25 **Arten des Radikalismus und Extremismus**

26 Das Vertreten inhaltlich radikaler politischer Positionen ist für die FDP Bayern  
27 nicht grundsätzlich verwerflich, denn die Meinungsfreiheit gehört zu den  
28 Grundfesten unseres Rechtsstaates. Radikale Meinungen in der politischen  
29 Landschaft dienen der Schärfung des inhaltlichen Profils der Parteien, die sich  
30 selbst als "mittig" einordnen. Sie treiben Gedanken auf die Spitze und fordern  
31 die Argumentationskraft der gemäßigten politischen Akteure heraus. Als radikal  
32 gelten dabei Positionen, die zwar auf Veränderung des politischen Systems  
33 gerichtet sind, seinen Rahmen, also die freiheitlich-demokratische Grundordnung,  
34 aber akzeptieren und Gewaltanwendung zur Erreichung ihrer Ziele ausschließen.  
35 Aus diesen Gründen muss radikalen Positionen, unabhängig davon, aus welcher  
36 Richtung sie stammen, aus Sicht der FDP Bayern zuallererst mit Argumenten  
37 begegnet werden.

## Seite 51

38 Den extremistischen politischen Strömungen ist dagegen eines gemein: Ihr Ziel  
39 sind nicht kleinere und größere Änderungen der deutschen Gesetzeslandschaft,  
40 um damit in einzelnen Politikfeldern ihre Ansichten durchsetzen zu können - ihr  
41 Blick richtet sich auf das große Ganze. Die Überwindung des Systems ist das  
42 Ziel, zu dessen Erreichung auch Gewaltanwendung nicht ausgeschlossen wird,  
43 der demokratische Verfassungsstaat wird abgelehnt. Das haben linker, rechter  
44 und auch religiöser Extremismus, soweit er politische Vorstellungen enthält,  
45 gemeinsam. Die FDP Bayern sieht daher extremistische Gruppierungen jeder  
46 Couleur als Problem, welches in keinem der Fälle verharmlost werden darf.

### 47 **Parteiverbote**

48 Doch die Ausgestaltung des Parteiverbotsverfahrens ist unklar und  
49 rechtsstaatlich bedenklich. Zurzeit ist die einzige Rechtsgrundlage für ein  
50 Parteiverbotsverfahren der Satz "Parteien, die nach ihren Zielen oder nach  
51 dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische  
52 Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der  
53 Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die  
54 Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht  
55 entsprechend Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes. Das Ermessen über Ja oder  
56 Nein zum Verbot liegt demnach allein in der Hand der Richter des  
57 Verfassungsgerichts. Die Freien Demokraten Bayern stehen dennoch generell  
58 zum Instrument des Parteiverbotes. In jedem Fall kann eine Partei nur verboten  
59 werden, wenn sie in aggressiver kämpferischer Weise gegen unser  
60 Rechtssystem vorgeht.

61 Weiterhin sehen die Freien Demokraten eine Klärung der Frage des Umgangs  
62 mit V-Leuten im Zusammenhang mit der NPD als notwendig an. Dabei sprechen  
63 sie sich gegen ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD aus. Der Abzug  
64 der V-Leute, der für ein erfolgreiches Verfahren zwingend notwendig wäre,  
65 würde den wertvollen Informationsfluss über die Interna der Partei jäh  
66 zum Erliegen bringen und würde bis zu einem möglichen Verbot radikalen  
67 Strömungen innerhalb der NPD ermöglichen, unentdeckt agieren zu können.  
68 Zudem würde ein möglicher weiterer Sieg der NPD vor dem  
69 Bundesverfassungsgericht ihre Stellung innerhalb der Parteienlandschaft stärken.  
70 Für die FDP muss in einer Demokratie eine Partei, die eine gewisse Anzahl an  
71 Anhängern hat, auf dem politischen Parkett entlarvt und übertrumpft werden, ohne  
72 dass man sich des Mittels eines Parteiverbotes bedienen müsste.

### 73 **Verfassungsschutz**

74 Für die Bekämpfung extremistischer Organisationen und politisch motivierter  
75 Gewalt ist derzeit sowohl das Bundesamt für Verfassungsschutz zuständig als  
76 auch die Landesämter für Verfassungsschutz sowie die Polizei. Dabei führt die  
77 aufgeteilte Struktur in Bundesamt und Landesämter aber nicht zu effektiver  
78 Arbeitsteilung, sondern zu Verwirrung. Im 21. Jahrhundert müssen nicht nur  
79 kleine Gruppierungen in einzelnen Landkreisen beobachtet werden, auch  
80 Prävention muss neu gedacht werden. Jugendliche können über das Internet

## Seite 52

81 leicht kontaktiert und angeworben werden, die Grenzen zwischen den  
82 Bundesländern sind dabei mehr und mehr irrelevant. Die Doppelstruktur der  
83 Verfassungsschutzämter in den Ländern führt dabei nur zu großen  
84 Datenmengen, die ständig zwischen den Ämtern hin und her geschoben werden  
85 müssen. Die Freien Demokraten Bayern fordern daher die Abschaffung der  
86 Landesämter für Verfassungsschutz. Die nachrichtendienstlichen Aufgaben sollen  
87 dem Bundesamt für Verfassungsschutz übertragen werden. Die Hauptaufgaben  
88 des Landesamtes in Bayern sollen stattdessen zum größten Teil der bayerischen  
89 Polizei übertragen werden. Die Betreuung der Aussteigerprogramme, das  
90 Anlegen von Täterdateien und die Annahme anonymer Hinweise sind bei der  
91 Polizei in den richtigen Händen, vielmehr erspart es sogar Schritte des  
92 Datenaustausches, wenn die Polizei die direkte Zuständigkeit erhält. Die vom  
93 Landesamt für Verfassungsschutz geleistete Öffentlichkeitsarbeit kann  
94 überwiegend auf das Bundesamt für Verfassungsschutz übertragen werden.  
95 Diese muss nach Ansicht der FDP Bayern außerdem moderner und  
96 zielgerichteter werden und darf sich nicht auf den jährlichen, gedruckten  
97 Verfassungsschutzbericht beschränken.

### 98 **Volksverhetzung**

99 Die Folgen des NS-Regimes und des Zweiten Weltkrieges sind in der  
100 Bundesrepublik Deutschland in vieler Hinsicht deutlich sichtbar - eine davon ist  
101 das deutsche Recht. In den 90er Jahren wurde in das deutsche Strafgesetzbuch  
102 der § 130 "Volksverhetzung" neu eingefügt. Er stellt in den Absätzen 3 und 4  
103 nicht nur die Leugnung, sondern auch die "Billigung, Verharmlosung,  
104 Verherrlichung und Rechtfertigung" des Holocaustes und der  
105 nationalsozialistischen Herrschaft unter Strafe. Die Jungen Liberalen tolerieren  
106 keine der im § 130 Abs. 3+4 StGB erwähnten Handlungen und sehen sie als  
107 verwerflich an. Dennoch ist für sie ein eng umgrenztes, klares und unpolitisches  
108 Strafrecht ein wesentlicher Teil des funktionierenden Rechtsstaates. Gerade die  
109 Begriffe "Billigung" und "Verharmlosung" lassen einen solch weiten  
110 Interpretationsspielraum, dass vollkommen unklar ist, wann der Tatbestand des §  
111 130 StGB erfüllt ist. Zudem darf das Strafrecht nicht einzelne Meinungen, so  
112 menschenverachtend diese auch sind, herausgreifen und unter Strafe stellen.  
113 Durch solch ein Vorgehen wird Gesinnungsstrafrecht geschaffen. Dieses kann  
114 auch durch die geschichtliche Relevanz für Deutschland nicht gerechtfertigt  
115 werden. Die Freien Demokraten fordern daher im Sinne eines Rechtsstaates die  
116 Streichung des § 130 Abs. 3 und 4 StGB.

### 117 **Prävention durch Bildung**

118 Das Ziel in der Erziehung junger Menschen kann es nach Ansicht der FDP  
119 Bayern nicht sein, ihnen bestimmtes politisches Gedankengut ohne jede  
120 Begründung zu verbieten. Wir als Liberale ziehen aus unserem  
121 Selbstverständnis heraus stets größtmögliche Information über vermeintlich  
122 schlechte Einflüsse dem reinen Verbot vor - das gilt auch in Bezug auf politisch  
123 extremistisches Gedankengut. Die momentane Praxis in den Lehrplänen  
124 bayerischer Schulen setzt auf die intensive Beschäftigung mit den

## Seite 53

125 Geschehnissen des Zweiten Weltkrieges und der Nazizeit. Längst hat sich aber  
126 die Strategie der NPD und anderer radikaler Parteien gewandelt: Sie vermeiden  
127 jede Meinungsäußerung über das Dritte Reich, betonen, dass dies  
128 Vergangenheit sei, und machen junge Menschen stattdessen auf aktuelle  
129 politische Problemlagen aufmerksam, um sie zu ködern. Es ist daher nicht allein  
130 Aufgabe des Geschichtsunterrichts, Schüler politisch zu sensibilisieren. Auch das  
131 Fach Sozialkunde ist hier in der Verantwortung. Die Freien Demokraten Bayern  
132 fordern eine Ausweitung des Sozialkundeunterrichts in allen Schulformen.  
133 Zusätzlich zum bisherigen Lehrplan sollen vor allem die Prinzipien des  
134 Grundgesetzes sowie die Geschichte und Entwicklung der politischen Strömungen  
135 in Deutschland behandelt werden.

136 Das Ziel soll dabei sein, die Schüler so umfassend über das politische System  
137 der Bundesrepublik Deutschland zu informieren, dass sie bei ihrer ersten  
138 Teilnahme an Wahlen am Ende der Schulzeit in der Lage sind, Wahlversprechen  
139 und -programme kritisch zu hinterfragen und eine überlegte Entscheidung zu  
140 treffen. Jeder gut informierte Schüler ist ein Wähler weniger, der auf Köder der  
141 demokratiefeindlichen Parteien hereinfällt. Die Freien Demokraten begrüßen die  
142 Umstrukturierung des Geschichtsunterrichts im Rahmen der Einführung des G8.  
143 Die Themen Deutsche Geschichte nach 45 und Kalter Krieg sind unverzichtbar  
144 für ein umfassendes politisches Grundverständnis und dürfen in der  
145 Schulbildung nicht zu kurz kommen. Dem muss auch in Zukunft an allen  
146 Schulformen entsprechend Rechnung getragen werden.

### 147 **Ehrenamtliche Arbeit**

148 Die ehrenamtliche Arbeit von Vereinen und Organisationen, die sich gegen  
149 Extremismus engagieren, ist eine der wichtigsten Säulen gegen politisch  
150 motivierte Gewalt. Es lässt sich aber ein klarer Schwerpunkt in dieser Arbeit  
151 feststellen: Die meisten Organisationen kümmern sich um Aussteiger aus der  
152 rechten Neonaziszene. Diese Arbeit ist zwar wichtig, jedoch auch einseitig. Auch  
153 in dieser Hinsicht müssen nach Ansicht der FDP Bayern alle Arten  
154 extremistischer Gesinnung mit gleicher Priorität bekämpft werden. Die Gründung  
155 von Vereinen, die sich speziell mit linksgerichtetem und religiösem Extremismus  
156 beschäftigen, sowie von solchen Organisationen, die hauptsächlich Aufklärung  
157 und Prävention von Jugendlichen betreiben, muss gefördert werden. Die Freien  
158 Demokraten Bayern fordern eine stärkere Kooperation aller Schulformen mit  
159 ehrenamtlichen Organisationen, um die klassische Schulbildung mit der Praxis  
160 verknüpfen zu können. Dabei darf aber die politische Bildung nicht an Externe  
161 abgeschoben werden - diese muss weiter vor allem im Klassenzimmer stattfinden.  
162 Als großes Handlungshindernis für ehrenamtliche Arbeit erweist sich momentan  
163 vor allem die Finanzierung. Fördermittel werden den Vereinen und  
164 Organisationen, die von ihnen abhängig sind, nur von einem Jahr zum nächsten  
165 gewährt, langfristige Programme, die nicht direkt in staatlicher Hand liegen, sind  
166 damit so gut wie unmöglich. Hier muss eine andere Lösung gefunden werden.

167 Zudem behindert die sogenannte "Extremismusklausel" in ihrer jetzigen  
168 Ausgestaltung das Abschöpfen von Fördergeldern des Bundes. Die Bedingung

169 für Zahlungen, sich nicht nur selbst zur freiheitlich-demokratischen  
170 Grundordnung zu bekennen, sondern auch seine "Partner" auf Verfassungstreue  
171 prüfen zu müssen, ist zu unbestimmt und wurde bereits von einem  
172 Verwaltungsgericht für rechtswidrig erklärt.

173 Als Konsequenz hieraus fordert die FDP Bayern die vollständige Rücknahme der  
174 Klausel. Das derzeitige Vorgehen setzt ein fatales Zeichen für viele Bürger mit  
175 Zivilcourage. Es ist zudem verfassungsrechtlich höchst bedenklich und stellt die  
176 entsprechenden Verbände und Ehrenämter unter Generalverdacht.

## 177 **Rechts, Links, oder doch "gemäßigte Mitte? - Politischer** 178 **Extremismus in Deutschland**

179 Innerhalb des organisierten politischen Liberalismus wird gerne und oft gestritten,  
180 wo er im sogenannten "Spektrum der Parteien" einzuordnen sei. Haben sich die  
181 Positionen der Volksparteien inzwischen so verändert, dass die FDP rechts der  
182 CDU einzuordnen ist? Wen diese Frage umtreibt, der sieht das politische  
183 Spektrum als klare Linie, auf der sich die Parteien nebeneinander einordnen.  
184 Dieses eindimensionale links-rechts-Schema erscheint uns jedoch heute nicht  
185 mehr zeitgemäß, um die vielschichtige Positionierung von politischen Parteien  
186 einzuordnen oder gar zu bewerten. Nichtsdestotrotz ist es in der Diskussion um  
187 Extremismus immer noch weitläufig gebräuchlich, weil es eine scheinbar einfache  
188 Zuordnung der politischen Extreme ermöglicht. Wir möchten dieser überholten  
189 Einordnung daher eine liberale Vorgehensweise zum Umgang mit  
190 politischem Extremismus entgegenstellen. Dabei wollen wir vor allem klären, wo für  
191 uns die Grenze zwischen radikalen, aber noch dem demokratischen Spektrum  
192 zuzuordnenden Positionen einerseits und extremistischen und  
193 verfassungsfeindlichen Ideologien andererseits verläuft. Immer wieder kommt es  
194 überall in Deutschland zu Gewalttaten, die in Zusammenhang mit politischem  
195 Extremismus stehen. Diese Vorkommnisse führen regelmäßig zu Aufschreien in  
196 der Bevölkerung und müssen als Ausrede herhalten für Forderungen nach  
197 besserer Überwachung durch Vorratsdatenspeicherung oder Parteiverbote. Die  
198 etablierten Parteien sind hier gefordert, ohne Überreaktionen Antworten zu  
199 finden auf steigenden Zuspruch zu radikalen Parteien und extremistischen  
200 Organisationen und auch auf politisch motivierte Verbrechen.

## 201 **Arten des Radikalismus und Extremismus**

202 Das Vertreten inhaltlich radikaler politischer Positionen ist für die FDP Bayern  
203 nicht grundsätzlich verwerflich, denn die Meinungsfreiheit gehört zu den  
204 Grundfesten unseres Rechtsstaates. Radikale Meinungen in der politischen  
205 Landschaft dienen der Schärfung des inhaltlichen Profils der Parteien, die sich  
206 selbst als "mittig" einordnen. Sie treiben Gedanken auf die Spitze und fordern  
207 die Argumentationskraft der gemäßigten politischen Akteure heraus. Als radikal  
208 gelten dabei Positionen, die zwar auf Veränderung des politischen Systems  
209 gerichtet sind, seinen Rahmen, also die freiheitlich-demokratische Grundordnung,  
210 aber akzeptieren und Gewaltanwendung zur Erreichung ihrer Ziele ausschließen.  
211 Aus diesen Gründen muss radikalen Positionen, unabhängig davon, aus welcher

212 Richtung sie stammen, aus Sicht der FDP Bayern zuallererst mit Argumenten  
213 begegnet werden.

214 Den extremistischen politischen Strömungen ist dagegen eines gemein: Ihr Ziel  
215 sind nicht kleinere und größere Änderungen der deutschen Gesetzeslandschaft,  
216 um damit in einzelnen Politikfeldern ihre Ansichten durchsetzen zu können - ihr  
217 Blick richtet sich auf das große Ganze. Die Überwindung des Systems ist das  
218 Ziel, zu dessen Erreichung auch Gewaltanwendung nicht ausgeschlossen wird,  
219 der demokratische Verfassungsstaat wird abgelehnt. Das haben linker, rechter  
220 und auch religiöser Extremismus, soweit er politische Vorstellungen enthält,  
221 gemeinsam. Die Jungen Liberalen Bayern sehen daher extremistische  
222 Gruppierungen jeder Couleur als Problem, welches in keinem der Fälle  
223 verharmlost werden darf.

### 224 **Parteiverbote**

225 Doch die Ausgestaltung des Parteiverbotsverfahrens ist unklar und  
226 rechtsstaatlich bedenklich. Zurzeit ist die einzige Rechtsgrundlage für ein  
227 Parteiverbotsverfahren der Satz "Parteien, die nach ihren Zielen oder nach  
228 dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische  
229 Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der  
230 Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die  
231 Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht  
232 entsprechend Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes. Das Ermessen über Ja oder  
233 Nein zum Verbot liegt demnach allein in der Hand der Richter des  
234 Verfassungsgerichts. Die Freien Demokraten Bayern stehen dennoch generell  
235 zum Instrument des Parteiverbotes. In jedem Fall kann eine Partei nur verboten  
236 werden, wenn sie in aggressiver kämpferischer Weise gegen unser  
237 Rechtssystem vorgeht.

238 Weiterhin sehen die Freien Demokraten eine Klärung der Frage des Umgangs  
239 mit V-Leuten im Zusammenhang mit der NPD als notwendig an. Dabei sprechen  
240 sie sich gegen ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD aus. Der Abzug  
241 der V-Leute, der für ein erfolgreiches Verfahren zwingend notwendig wäre,  
242 würde den wertvollen Informationsfluss über die Interna der Partei jäh  
243 zum Erliegen bringen und würde bis zu einem möglichen Verbot radikalen  
244 Strömungen innerhalb der NPD ermöglichen, unentdeckt agieren zu können.  
245 Zudem würde ein möglicher weiterer Sieg der NPD vor dem  
246 Bundesverfassungsgericht ihre Stellung innerhalb der Parteienlandschaft stärken.  
247 Für die FDP muss in einer Demokratie eine Partei, die eine gewisse Anzahl an  
248 Anhängern hat, auf dem politischen Parkett entlarvt und übertrumpft werden, ohne  
249 dass man sich des Mittels eines Parteiverbotes bedienen müsste.

### 250 **Verfassungsschutz**

251 Für die Bekämpfung extremistischer Organisationen und politisch motivierter  
252 Gewalt ist derzeit sowohl das Bundesamt für Verfassungsschutz zuständig als  
253 auch die Landesämter für Verfassungsschutz sowie die Polizei. Dabei führt die

254 aufgeteilte Struktur in Bundesamt und Landesämter aber nicht zu effektiver  
255 Arbeitsteilung, sondern zu Verwirrung. Im 21. Jahrhundert müssen nicht nur  
256 kleine Gruppierungen in einzelnen Landkreisen beobachtet werden, auch  
257 Prävention muss neu gedacht werden. Jugendliche können über das Internet  
258 leicht kontaktiert und angeworben werden, die Grenzen zwischen den  
259 Bundesländern sind dabei mehr und mehr irrelevant. Die Doppelstruktur der  
260 Verfassungsschutzämter in den Ländern führt dabei nur zu großen  
261 Datenmengen, die ständig zwischen den Ämtern hin und her geschoben werden  
262 müssen. Die Freien Demokraten Bayern fordern daher die Abschaffung der  
263 Landesämter für Verfassungsschutz. Die nachrichtendienstlichen Aufgaben sollen  
264 dem Bundesamt für Verfassungsschutz übertragen werden. Die Hauptaufgaben  
265 des Landesamtes in Bayern sollen stattdessen zum größten Teil der bayerischen  
266 Polizei übertragen werden. Die Betreuung der Aussteigerprogramme, das  
267 Anlegen von Täterdateien und die Annahme anonymer Hinweise sind bei der  
268 Polizei in den richtigen Händen, vielmehr erspart es sogar Schritte des  
269 Datenaustausches, wenn die Polizei die direkte Zuständigkeit erhält. Die vom  
270 Landesamt für Verfassungsschutz geleistete Öffentlichkeitsarbeit kann  
271 überwiegend auf das Bundesamt für Verfassungsschutz übertragen werden.  
272 Diese muss nach Ansicht der FDP Bayern außerdem moderner und  
273 zielgerichteter werden und darf sich nicht auf den jährlichen, gedruckten  
274 Verfassungsschutzbericht beschränken.

### 275 **Volksverhetzung**

276 Die Folgen des NS-Regimes und des Zweiten Weltkrieges sind in der  
277 Bundesrepublik Deutschland in vieler Hinsicht deutlich sichtbar - eine davon ist  
278 das deutsche Recht. In den 90er Jahren wurde in das deutsche Strafgesetzbuch  
279 der § 130 "Volksverhetzung" neu eingefügt. Er stellt in den Absätzen 3 und 4  
280 nicht nur die Leugnung, sondern auch die "Billigung, Verharmlosung,  
281 Verherrlichung und Rechtfertigung" des Holocaustes und der  
282 nationalsozialistischen Herrschaft unter Strafe. Die Freien Demokraten tolerieren  
283 keine der im § 130 Abs. 3+4 StGB erwähnten Handlungen und sehen sie als  
284 verwerflich an. Dennoch ist für sie ein eng umgrenztes, klares und unpolitisches  
285 Strafrecht ein wesentlicher Teil des funktionierenden Rechtsstaates. Gerade die  
286 Begriffe "Billigung" und "Verharmlosung" lassen einen solch weiten  
287 Interpretationsspielraum, dass vollkommen unklar ist, wann der Tatbestand des §  
288 130 StGB erfüllt ist. Zudem darf das Strafrecht nicht einzelne Meinungen, so  
289 menschenverachtend diese auch sind, herausgreifen und unter Strafe stellen.  
290 Durch solch ein Vorgehen wird Gesinnungsstrafrecht geschaffen. Dieses kann  
291 auch durch die geschichtliche Relevanz für Deutschland nicht gerechtfertigt  
292 werden. Die FDP fordert daher im Sinne eines Rechtsstaates die Streichung des  
293 § 130 Abs. 3 und 4 StGB.

### 294 **Prävention durch Bildung**

295 Das Ziel in der Erziehung junger Menschen kann es nach Ansicht der FDP  
296 Bayern nicht sein, ihnen bestimmtes politisches Gedankengut ohne jede  
297 Begründung zu verbieten. Wir als Liberale ziehen aus unserem



## Seite 57

298 Selbstverständnis heraus stets größtmögliche Information über vermeintlich  
299 schlechte Einflüsse dem reinen Verbot vor - das gilt auch in Bezug auf politisch  
300 extremistisches Gedankengut. Die momentane Praxis in den Lehrplänen  
301 bayerischer Schulen setzt auf die intensive Beschäftigung mit den  
302 Geschehnissen des Zweiten Weltkrieges und der Nazizeit. Längst hat sich aber  
303 die Strategie der NPD und anderer radikaler Parteien gewandelt: Sie vermeiden  
304 jede Meinungsäußerung über das Dritte Reich, betonen, dass dies  
305 Vergangenheit sei, und machen junge Menschen stattdessen auf aktuelle  
306 politische Problemlagen aufmerksam, um sie zu ködern. Es ist daher nicht allein  
307 Aufgabe des Geschichtsunterrichts, Schüler politisch zu sensibilisieren. Auch das  
308 Fach Sozialkunde ist hier in der Verantwortung. Die Freien Demokraten Bayern  
309 fordern eine Ausweitung des Sozialkundeunterrichts in allen Schulformen.  
310 Zusätzlich zum bisherigen Lehrplan sollen vor allem die Prinzipien des  
311 Grundgesetzes sowie die Geschichte und Entwicklung der politischen Strömungen  
312 in Deutschland behandelt werden.

313 Das Ziel soll dabei sein, die Schüler so umfassend über das politische System  
314 der Bundesrepublik Deutschland zu informieren, dass sie bei ihrer ersten  
315 Teilnahme an Wahlen am Ende der Schulzeit in der Lage sind, Wahlversprechen  
316 und -programme kritisch zu hinterfragen und eine überlegte Entscheidung zu  
317 treffen. Jeder gut informierte Schüler ist ein Wähler weniger, der auf Köder der  
318 demokratiefeindlichen Parteien hereinfällt. Die FDP begrüßt die Umstrukturierung  
319 des Geschichtsunterrichts im Rahmen der Einführung des G8. Die Themen  
320 Deutsche Geschichte nach 45 und Kalter Krieg sind unverzichtbar für ein um  
321 fassendes politisches Grundverständnis und dürfen in der Schulbildung nicht zu  
322 kurz kommen. Dem muss auch in Zukunft an allen Schulformen entsprechend  
323 Rechnung getragen werden.

### 324 **Ehrenamtliche Arbeit**

325 Die ehrenamtliche Arbeit von Vereinen und Organisationen, die sich gegen  
326 Extremismus engagieren, ist eine der wichtigsten Säulen gegen politisch  
327 motivierte Gewalt. Es lässt sich aber ein klarer Schwerpunkt in dieser Arbeit  
328 feststellen: Die meisten Organisationen kümmern sich um Aussteiger aus der  
329 rechten Neonaziszene. Diese Arbeit ist zwar wichtig, jedoch auch einseitig. Auch  
330 in dieser Hinsicht müssen nach Ansicht der FDP Bayern alle Arten  
331 extremistischer Gesinnung mit gleicher Priorität bekämpft werden. Die Gründung  
332 von Vereinen, die sich speziell mit linksgerichtetem und religiösem Extremismus  
333 beschäftigen, sowie von solchen Organisationen, die hauptsächlich Aufklärung  
334 und Prävention von Jugendlichen betreiben, muss gefördert werden. Die Freien  
335 Demokraten Bayern fordern eine stärkere Kooperation aller Schulformen mit  
336 ehrenamtlichen Organisationen, um die klassische Schulbildung mit der Praxis  
337 verknüpfen zu können. Dabei darf aber die politische Bildung nicht an Externe  
338 abgeschoben werden - diese muss weiter vor allem im Klassenzimmer stattfinden.  
339 Als großes Handlungshindernis für ehrenamtliche Arbeit erweist sich momentan  
340 vor allem die Finanzierung. Fördermittel werden den Vereinen und  
341 Organisationen, die von ihnen abhängig sind, nur von einem Jahr zum nächsten  
342 gewährt, langfristige Programme, die nicht direkt in staatlicher Hand liegen, sind

343 damit so gut wie unmöglich. Hier muss eine andere Lösung gefunden werden.  
344 Zusätzlich soll durch die Stiftung die Möglichkeit geschaffen werden, effektiv  
345 weitere Mittel aus Spenden zu generieren, um ein gewisses Maß an Staatsferne  
346 zu garantieren. Zudem behindert die sogenannte "Extremismusklausel" in ihrer  
347 jetzigen Ausgestaltung das Abschöpfen von Fördergeldern des Bundes. Die  
348 Bedingung für Zahlungen, sich nicht nur selbst zur freiheitlich-demokratischen  
349 Grundordnung zu bekennen, sondern auch seine "Partner" auf Verfassungstreue  
350 prüfen zu müssen, ist zu unbestimmt und wurde bereits von einem  
351 Verwaltungsgericht für rechtswidrig erklärt.

352 Als Konsequenz hieraus fordern die Freien Demokraten Bayern die vollständige  
353 Rücknahme der Klausel. Das derzeitige Vorgehen setzt ein fatales Zeichen für  
354 viele Bürger mit Zivilcourage. Es ist zudem verfassungsrechtlich höchst  
355 bedenklich und stellt die entsprechenden Verbände und Ehrenämter unter  
356 Generalverdacht.

### **Begründung:**

*erfolgt mündlich*

# Antrag A030

**Betr.:** Die Reform des Emissionshandels – Für eine vernunftbasierte Klimapolitik

**Antragsteller:** Dr. Lukas Köhler, Daniel Föst, Armin Sedlmayr, Sabrina Böcking, Bianca Buchenberg-Köhler, Martin Hagen, Edith Heußler, Anna Ahlfeld, David Berends, Daniel Klein, Laura Reif, Katharina Walter

1 Während andere Parteien im Kampf gegen den Klimawandel stur an  
2 überkommenen Instrumenten wie dem EEG festhalten, die sich nur im  
3 Geldbeutel der Bürger, nicht aber in der CO2-Bilanz bemerkbar machen, denken  
4 wir Freie Demokraten weiter und fordern eine völlig neue Energiepolitik: Weg  
5 von planwirtschaftlichen Maßnahmen und hin zum marktwirtschaftlichen System  
6 des Emissionshandels, den wir auf europäischer Ebene kurzfristig reformieren  
7 und international dauerhaft etablieren wollen. Statt einseitig bestimmte  
8 Technologien und Energieformen zu fördern, sollen politisch künftig nur noch  
9 Zielvorgaben als Rahmen gemacht werden, innerhalb dessen es den  
10 Marktteilnehmern überlassen ist, sie zu erreichen. Das trägt auch der  
11 Innovationsfähigkeit der Unternehmen Rechnung, die unnötig ausgebremst wird,  
12 wenn Politiker heute schon zu wissen meinen, welche Technologien morgen die  
13 besten und effektivsten sein werden.

14 Der Handel mit Emissionszertifikaten führt auf marktwirtschaftlichem Wege zu  
15 einer Reduktion des CO2-Ausstoßes durch eine Internalisierung externer Kosten.  
16 So, wie es beispielsweise beim Industrieabwasser schon lange gehandhabt wird,  
17 haben die Unternehmen die Wahl, in saubere Anlagen zu investieren, oder aber  
18 die Kosten für ihre Emissionen zu übernehmen. Analog zur Rechnung der  
19 Kläranlage werden hier CO2-Zertifikate bezahlt.

20 Was in der Theorie gut klingt, muss in der Praxis noch verbessert werden,  
21 damit die marktwirtschaftlichen Mechanismen auch zum Tragen kommen und ihre  
22 volle Wirkung entfalten. Dazu streben die Freien Demokraten Bayern eine  
23 Reform des EU-Emissionshandels (EU ETS) an, die einerseits die ursprüngliche  
24 Form eines quasi-offenen Marktes erhält, andererseits aber Fehlanreize in den  
25 Steuerungsmechanismen ausgleicht, um möglichst schnell zu einem effizienten  
26 Marktmechanismus zu kommen.

27 Dazu sind aus unserer Sicht kurz- und mittelfristig folgende Reformschritte nötig:

28 **Kurzfristig: Bis 2020 (Ende der 3. EU ETS-Handelsperiode)**

- 29 • *Abschaffung des EEG und Investitionen in die Erforschung und den*  
30 *Ausbau von Speichertechnologien*

## Seite 60

31 Wie schon der Weltklimarat festgestellt hat, führt das EEG in Kombination mit  
32 dem Emissionshandel nicht zu einer tatsächlichen Reduktion, sondern lediglich  
33 zu einer Verlagerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Statt bestimmte Fördertechnologien  
34 zu subventionieren, sollte das Geld für die Erforschung und Implementierung von  
35 Speichertechnologien freigegeben werden.

36 • *Löschung überschüssiger Zertifikate*

37 Statt die 900 Millionen Zertifikate, die im Zuge eines Überschusses per  
38 Backloading-Beschluss temporär vom Markt genommen wurden, wie vorgesehen  
39 am Ende der 3. Handelsperiode in den Jahren 2019 und 2020 wieder  
40 zuzuführen, sollen sie endgültig gelöscht werden, um eine Überflutung des  
41 Marktes zu verhindern, die dem Preis seiner Steuerungsfunktion berauben  
42 würde.

43 • *Keine Einführung marktverzerrender Instrumente*

44 Auch wenn die freie Preisbildung durch Angebot und Nachfrage nicht immer  
45 das für jedermann zu jeder Zeit gewünschte Ergebnis hervorbringt, lehnen wir  
46 Eingriffe in dieses System durch eine sogenannte Stabilitätsreserve oder  
47 Preiskorridore ab, da diese zu unrealistischen Preisen führen und potentiell  
48 stabilitätsgefährdend sind.

49 • *Strengere Überprüfung der Vergabe von CER- und ERU-Zertifikaten*

50 Neben den europäischen Zertifikaten können Unternehmen durch außerhalb der  
51 EU erfolgreich durchgeführte Klimaschutzprojekte internationale Zertifikate (CER:  
52 Certified Emission Reductions; ERU: Emission Reduction Units) erwerben, die in  
53 der EU ebenfalls anerkannt werden. Dieses sinnvolle Instrument, das den  
54 Technologietransfer fördert und dadurch auch positive Effekte auf den  
55 europäischen Markt hat, wurde in der Vergangenheit vielfach ausgenutzt, da  
56 keine ausreichende Kontrolle der Projekte und der dadurch tatsächlich erreichten  
57 Emissionsreduktionen stattgefunden hat. Die Freien Demokraten Bayern fordern  
58 daher die Implementierung bzw. weitere Ausgestaltung eines effektiven  
59 Kontrollsystems, das nicht nur aus einer Prüfungsinstanz besteht, sondern auch  
60 die Kontrolle dieser beinhaltet. Außerdem ist zu überprüfen, ob die Standards für  
61 die Erteilung von CER- und EUR-Zertifikaten noch zeitgemäß sind, oder  
62 angepasst werden müssen.

63 **Mittelfristig: Bis 2030 (Ende der 4. EU ETS-Handelsperiode)**

64 • *Einbezug aller Industrie- und Gewerbezweige, in denen Co<sub>2</sub> Emissionen*  
65 *generiert und ausgestoßen werden. Hierbei muss aber pro Industriezweig*  
66 *eine spezielle Strategie entwickelt werden, um den Industrien einen sanften*  
67 *Übergang zu gewährleisten.*

68 • *Harmonisierung und Reduzierung der Förderregime erneuerbarer Energien*  
69 *in den EU-Mitgliedsstaaten.*

70 • *Senkung der Emissionsobergrenze um jährlich 2,6 Prozent statt wie bisher*  
71 *vorgesehen um 2,2 Prozent*

72 • *Anpassung der EU ETS-Handelsperioden an die Klimaziele von Paris*

73 **Langfristig** streben wir die Implementierung eines globalen  
74 Emissionszertifikatemarktes an, der die aktuell bestehenden Systeme miteinander  
75 verbindet und auf marktwirtschaftlichem Wege zu einer weltweiten Reduktion der  
76 Treibhausgase führt, die notwendig ist, um die Erderwärmung dauerhaft und  
77 nachhaltig zu begrenzen.

### **Begründung:**

*Die FDP hat sich zwar in vielen Beschlüssen gegen das EEG und für den Emissionshandel ausgesprochen, die dafür notwendigen Reformschritte bislang aber nicht zu einem zusammenhängenden Konzept zusammengefasst. Dieses Versäumnis holen wir mit diesem Antrag nach, der sowohl Probleme benennt als auch die passenden Lösungen liefert und unsere Ideen für eine vernunftbasierte Klimapolitik, die wir an unterschiedlichen Stellen formuliert haben, übersichtlich darstellt.*

# Antrag A031

**Betr.:** Zurück zum Rechtsstaat - Abschaffung der "Unendlichkeitshaft".

**Antragsteller:** Kreisverband Hof-Land

1 Die FDP Bayern fordert die Abschaffung der seit August 2017 in Kraft  
2 getretenen Unendlichkeitshaft und die Rücknahme der entsprechenden  
3 Änderung des Art. 20 Nr. 3 BayPAG.

4 Vielmehr muss man zu rechtsstaatlichen Prinzipien zurückkehren. Zu diesen  
5 Prinzip zählt, dass niemand für eine unbestimmte oder unverhältnismäßig lange  
6 Zeit gegen seinen Willen festgehalten wird, ohne dass er eine Straftat begangen  
7 hat oder dies aufgrund einer Erkrankung notwendig ist." Auch muss ein  
8 Verfahren, das zu längerfristigen Freiheitsentzug führen kann öffentlich  
9 durchgeführt werden.

10 Der Richtervorbehalt allein erfüllt nicht das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, da hier  
11 keine Kontrolle der Justiz durch die Öffentlichkeit stattfinden kann.

## **Begründung:**

### *Hintergrund:*

*Mit der Verabschiedung des Polizeiaufgabengesetzes im Bayerischen Landtag hat die CSU die Möglichkeit einer unbefristeten Vorbeugehaft eingeführt. Nach dem neuen Gesetz muss die Begehung einer Straftat nicht mal mehr konkret erkennbar sein, es reicht eine "drohende Gefahr". Die bisherige Befristung der Vorbeugehaft wird aufgehoben.*

### *Begründung:*

*Mit dem Beschluss vom 19.07.2017 können sogenannte Gefährder, also Personen die im Verdacht stehen eine Straftat zu begehen, bis zu drei Monate in Gewahrsam genommen werden (vorher max. 2 Wochen). Nach den drei Monaten wird die Sachlage von einem Richter überprüft, sodass weitere drei Monate Gewahrsam hinzukommen können (und das theoretisch unendlich oft). Dies höhlt den Rechtsstaat aus. Weder wird definiert was ein Gefährder ist, noch wird sicher gestellt dass eine Kontrolle der Justiz durch ein öffentliches Verfahren ermöglicht wird. Dies öffnet Tür und Tor für einen autoritären Willkürstaat und führt weg vom liberalen Rechtsstaat.*

*Weiteres folgt mündlich.*

# Antrag A032

**Betr.:**           **Rechtssicherheit statt Amtswillkür bei  
Beschäftigungserlaubnissen für Flüchtlinge!  
Verwaltungschaos der CSU stoppen!**

**Antragsteller:** **Stadtverband München, LfA Wirtschaft, KV Weilheim-  
Schongau, MdB Thomas Sattelberger, MdB Dr. Lukas Köhler,  
MdB Daniel Föst, Albert Duin, Fritz Roth, Thomas Ranft, Sven  
Gossel, Martin Wurzer, Stephanie Bachhuber, Phil  
Hackemann, Klaus Breil, Saika Merx**

1 Rechtssicherheit statt Amtswillkür bei Beschäftigungserlaubnissen für Flüchtlinge!  
2 Verwaltungschaos der CSU stoppen!

3 Die Bayerische Staatsregierung hat zur Anwendung von § 61 Abs. 2 S. 1  
4 Asylgesetz (AsylG) des Bundes mehrere Erlasse an die Ausländerbehörden  
5 (Landratsämter) versandt, die Vorgaben zur Handhabung der Verwaltungspraxis  
6 machen. § 61 Abs. 2 S. 1 AsylG regelt die Vergabe von  
7 Beschäftigungserlaubnissen an Asylbewerber. Der Bayerische Innenminister  
8 versucht auf diesem Wege, die Erteilung von Arbeits- und  
9 Ausbildungserlaubnissen an Flüchtlinge, deren Aufenthaltsstatus noch nicht  
10 geklärt ist, stark einzuschränken. Wieder einmal wird hier Politik über die  
11 Verwaltungspraxis gemacht, statt politische Fragen politisch zu lösen. Das  
12 Ergebnis ist ein riesengroßes Chaos bei den Landratsämtern, das Betroffene und  
13 ausbildungs- bzw. einstellungswillige Unternehmer erheblich verunsichert.  
14 Deshalb fordert die FDP Bayern:

- 15       1. Rechtssicherheit #1: Die Innenministeriellen Schreiben ("IMS" oder  
16       "Erlasse) des Bayerischen Innenministeriums No.1 vom 01.September  
17       2016, No. 2 vom 19. Dezember 2016 und No. 3 vom 27. Januar 2017 zur  
18       Handhabung von § 61 Abs. 2 AsylG werden mit sofortiger Wirkung  
19       aufgehoben und von den Ausländerbehörden (Landratsämter) nicht mehr  
20       angewendet.
- 21       2. Rechtssicherheit #2: Das Bayerische Innenministerium wird aufgefordert,  
22       eine einheitliche Verwaltungspraxis der Ausländerbehörden in Bayern und  
23       Rechtssicherheit für Betroffene und Unternehmen im Hinblick auf Arbeits-  
24       und Ausbildungserlaubnisse für Flüchtlinge sicherzustellen.
- 25       3. Rechtssicherheit #3: Das geltende AsylG, insbesondere die 3+2 Regelung  
26       für Auszubildende, muss in ganz Bayern angewendet werden.
- 27       4. Ja zur Integration: Arbeit bzw. Ausbildung in der Zeit bis zur Klärung des  
28       Aufenthaltsstatus ist ein wichtiges, wenn nicht zentrales Mittel für eine  
29       erfolgreiche Integration. Die geltenden Gesetze, insbesondere das AsylG,  
30       sind entsprechend integrationsfreundlich auszulegen und anzuwenden. Bei  
31       Vorliegen eines rechtlich bindendem Angebots zu einer Berufsausbildung  
32       wird der/die Betroffene beispielsweise nicht mehr abgeschoben.

## **Begründung:**

- *Die drei genannten Erlasse des BayStMI zum AsylG sorgen nicht nur für Chaos in der Verwaltung, sondern auch für erheblichen Unmut, bei den Betroffenen, bei den Flüchtlingshelfern, aber auch bei ausbildungswilligen Unternehmen;*
- *Sie führen dazu, dass derzeit in Bayern Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse nur noch für Flüchtlinge aus den sog. Top-5 Ländern (Syrien, Iran, Irak, Eritrea, Somalia) vergeben werden - viele sonstige Betroffene fallen durch dieses Raster und bekommen weder Ausbildungs- noch Arbeitsplatz ("de facto Arbeitsverbote");*
- *Die Regelungen öffnet Türen und Tore für Schwarzarbeit, ebenso steigt die Gefahr, dass die Betroffenen in die Kriminalität abgleiten.*
- *Die Regelungen behindern massiv die Integration von Flüchtlingen, insbesondere in einer sensiblen Phase, nämlich der Entscheidung über ihr Asylgesuch bzw. bis zur Entscheidung über Ihren Aufenthaltsstatus;*
- *Eine einheitliche Verwaltungspraxis in ganz Bayern heisst Rechtssicherheit für die Betroffenen und die ausbildungswilligen Unternehmen - das Verwaltungschaos der CSU muss ein Ende haben.*



# Antrag A033

**Betr.:** Für ein Informationsfreiheitsgesetz für den Freistaat Bayern

**Antragsteller:** Kreisverband Garmisch-Partenkirchen

1 Informationsfreiheitsgesetz für den Freistaat Bayern

2 Die FDP Bayern nimmt die Forderung nach einem bayerischen  
3 Informationsfreiheitsgesetz, das gleichzeitig den Rahmen für kommunale  
4 Informationsfreiheitsatzungen bietet, in ihr Wahlprogramm für die  
5 Landtagswahlen 2018 auf;

6 Die FDP Bayern wird sich nach ihrem Wiedereinzug in den bayerischen Landtag  
7 für ein solches Gesetz stark machen.

## **Begründung:**

*Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes, also seine entscheidende Mitwirkung am öffentlichen Geschehen. Das Volk sind alle Bürgerinnen und Bürger. Demokratisches Mitwirken setzt das Recht der Bürger voraus, sich möglichst umfassend über alle öffentlichen Dinge und Entscheidungen informieren zu können. Informationsfreiheit über öffentliche Sachen gehört zu rSeele und damit zu den Grundforderungen des modernen Liberalismus. Informationsfreiheit ist die Schwester der Transparenz und der Bürgernähe.*

*Der Freistaat Bayern hat sich als eines von drei Bundesländern noch kein Informationsfreiheitsgesetz gegeben. Diesem Mißstand muß die FDP abhelfen. Es ist bislang mühsame Aufgabe der kommunalen Ebene, also der Landkreise oder der Städte und Gemeinden eigene Informationsfreiheitsatzungen zu erlassen. Manche Kommunen und Landkreise haben das wie die Marktgemeinde und der Landkreis Garmisch-Partenkirchen unter maßgeblichem Einsatz der FDP getan, andere nicht. Jedenfalls können sich diese Informationsfreiheitsatzungen wegen des Widerstands der CSU immer nur auf den eigenen kommunalen Wirkungskreis beziehen, nicht aber auf die Auftragsverwaltung, also auf den vom Freistaat den Kommunen und Landkreisen übertragenen Wirkungskreis. Auch deshalb bedarf es eines bayerischen Informationsfreiheitsgesetzes. Doppelter Sinn des Informationsfreiheitsgesetzes ist es, zum einen individuelle Auskunftsrechte der Bürger gegenüber den Behörden und öffentlichen Unternehmen des Freistaats rechtlich zu begründen und zum anderen der kommunalen Ebene, die noch keine Informationsfreiheitsatzungen erlassen haben, dafür Fristen und Rahmen vorzugeben.*

*Das Gesetz soll jeder Person einen voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Zugang zu öffentlichen Informationen von Landesbehörden gewähren. Eine Begründung durch Interesse rechtlicher, wirtschaftlicher oder sonstiger Art ist nicht erforderlich. Schutzwürdige Informationen dürfen nach Maßgabe des Gesetzes nicht freigegeben werden (siehe Antrag). „Amtliche Information“ ist jede amtlichen Zwecken dienende*

## Seite 66

*Aufzeichnung, unabhängig von der Art ihrer Speicherung, also beispielsweise Schriftstücke in herkömmlichen Akten, elektronisch gespeicherte Informationen, Zeichnungen, Grafiken, Pläne, Ton- und Videoaufzeichnungen. Der Anspruch richtet sich gegen Landesbehörden im Sinne des Verwaltungsverfahrensgesetzes. Bedient sich eine Landesbehörde zur Erfüllung ihrer Aufgaben einer juristischen oder natürlichen Person des Privatrechts, so ist sie auch dann auskunftspflichtig, wenn die begehrten Informationen bei der privatrechtlichen Person vorliegen.*

*Immer mehr Städte, Landkreise, Märkte und Gemeinden lagern gemäß der Bayerischen Gemeindeordnung kommunale Aufgaben in Eigenbetriebe oder andere kommunale Unternehmen mit unterschiedlichen Rechtsformen aus. Auch diese, besonders weil sie teilweise hoheitliche Aufgaben erfüllen, oder weil sie Monopole ausüben (beispielsweise Schwimmbäder, Abwasserentsorgung etc.) müssen unter das Informationsfreiheitsgesetz fallen. Das ist für etwaige Geschäftsgeheimnisse unschädlich, denn die natürlichen und unumgänglichen Widerhaken von Informationsfreiheit und Transparenz sind Datenschutz oder die Wahrung von Geschäftsgeheimnissen. Vielen Bundesländern und vielen bayerischen Kommunen ist es gelungen, beides spannungsfrei zu vereinbaren.*

# Antrag A034

**Betr.:** Keine sinnlose Verfolgung von Autofahrern

**Antragsteller:** LFA Innen- und Rechtspolitik

- 1 Die von Bundesverkehrsminister Dobrindt angekündigte Verschärfung und
- 2 Erweiterung des Handyverbotes für Autofahrer ist abzulehnen.
- 3 Gegenteilig ist die momentane Ahndung mit einer Punktebewertung, der realen
- 4 Akzeptanz und dem Schuldgehalt anzupassen.

## **Begründung:**

*Das Verbot zur Nutzung von Handys im Strassenverkehr gehört zu den meist missachteten Verkehrsvorschriften, da die Autofahrer mit Recht deren Sinn nicht nachvollziehen können. Wer aufmerksam am Verkehrsgeschehen teilnimmt wird täglich mehrfach Autofahrer feststellen, die das Handyverbot missachten.*

*Das im Jahr 2004 eingeführte Verbot für Handys die in der Hand gehalten werden, entspricht weder dem technischen Standard heutiger Handys noch ist einzusehen, weshalb jeder andere Gegenstand während der Fahrt gehalten werden darf ( Getränke, Essen, Zigarette etc.) Die Handys zum Zeitpunkt der Einführung des Verbotes waren weitaus schwieriger zu bedienen, als die heute verbreiteten Smartphones. So stellt das Halten in der Hand nicht das Problem dar.*

*Soweit statistisch von dem Gebrauch von Handys eine erhöhte Unfallgefahr ausgeht, ist nicht nachzuweisen, dass dies auf dem Halten in der Hand beruht. Vielmehr ist davon auszugehen dass die Ablenkung durch das geführte Gespräch zu einer statistischen Auffälligkeit führt. Tatsächlich kann jeder beobachten, dass ein Telefonat über eine Freisprecheinrichtung zu einer verminderten Aufmerksamkeit für das Verkehrsgeschehen führt. Bei einem Telefonat über eine Freisprecheinrichtung ist die geistige Ablenkung durch das Telefonat ebenso gross, als bei einem Gespräch mit dem Handy am Ohr.*

*Autofahren ist gefährlich. Diese Erkenntnis sollte auch der Gesetzgeber akzeptieren und nicht durch eine Überregulierung gegen die Akzeptanz durch Autofahrer Sanktionen für ein Verhalten verschärfen, deren Sinn mehr als fraglich ist. Der Gesetzgeber kann den Strassenverkehr nicht gänzlich von seinen Gefahren befreien.*

*Haftungsrechtlich mag es sinnvoll sein, die Benutzung des Handys weiterhin in§ 23 I 1a StVG zu untersagen und gegebenenfalls weitere Kommunikationsgeräte mit einzubeziehen. Dies führt im Falle eines Schadens zumindest zu einer Mithaftung des Autofahrers der das Handy/Gerät benutzt. Eine Sanktion im Bereich einer Bewertung mit Punkten im Fahrerlaubnisregister erscheint der Realität und dem technischen Stand von heutigen Handys aber nicht mehr gerecht ( BKat. 246.1 ). Die Ablenkung durch das*

## Seite 68

*Bedienen heutiger Smartphones oder auch von Tablets ist nicht wesentlich höher als das Benutzen von fest verbauten Navigationsgeräten oder Freisprecheinrichtungen.*

*Es widerspricht den Grundsätzen eines liberalen Rechtsstaates, die Bürger durch Sanktionen zu einem Verhalten zu erziehen, das an der Lebenswirklichkeit und der Einsicht der Bürger vorbeigeht. Risiken des Straßenverkehrs sind hinzunehmen.*

*Ahndungsvorschriften können nur sinnvoll sein, wenn die Begründung des Verbotes nachvollziehbar ist. Andernfalls führt dies zu einer geringen Hemmschwelle bezüglich ihrer Übertretung. Dies hat zur Folge, dass die Sinnhaftigkeit anderer Vorschriften ebenso nicht gesehen wird und eine negative Einstellung zum Sinn anderer Vorschriften bewirkt wird. Wer sinnlose Verbote erlässt, muss sich nicht wundern, wenn auch sinnvolle Vorschriften missachtet werden.*

# Antrag S001

**Betr.:** Änderung der Satzung §23 (3), § 24 (3) und §26 (3)

**Antragsteller:** Liberale Senioren Bayern

1 *Füge ein bei § 23 Absatz 3:*

2 "(e) die Mitglieder des Bezirksvorstandes der Liberalen Senioren, soweit sie  
3 Mitglieder des Landesverbandes sind."

4 *Bisherige (e) wird zu (f), (f) wird zu (g)*

5 *Füge ein bei § 24 Absatz 3:*

6 "(f) der Bezirksvorsitzende der Liberalen Senioren oder dessen Stellvertreter,  
7 wenn sie Mitglieder des Landesverbandes sind."

8 *Füge ein bei § 26 Absatz 3:*

9 "(e) der Vorsitzende der Liberalen Senioren oder dessen Stellvertreter, wenn sie  
10 Mitglieder der FDP sind."

11 *Bisherige (e) wird zu (f)*

12 *Füge ein bei § 28 Absatz 3 nach "der Jungen Liberalen oder sein Stellvertreter,":*

13 "der Kreisvorsitzende der Liberalen Senioren oder sein Stellvertreter"

14 *Füge ein bei § 33 Landesfachausschüsse Absatz 2:*

15 (g) "ein Vertreter der Liberalen Senioren, soweit er dem Landesverband  
16 angehört."

## **Begründung:**

*Begründung erfolgt mündlich.*